Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] **Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** [Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50,** und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1.60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.,** für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.,** auswärtige Anzeigen **20 Pfg. Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9** Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 54. | **Donnerstag, den 5. März 1903.** | **10. Jahrgang.**

Hierzu eine Beilage.

Das Ende des Reichstags.

Es steht fest, daß „dieser“ Reichstag mit seinen Arbeiten vor Ostern nicht mehr fertig werden kann. Wie das kam, ist klar. Die Beutepolitiker haben mit dem Kampf um die Zölle die ganze Zeit vor Neujahr in Anspruch genommen. Dann ging das Haus erschöpft auseinander und die Etatsberathungen begannen spät vor leerem Hause. Die edlen Fasanenjäger glänzen meist durch Abwesenheit; Pfaffen und Bourgeois desgleichen. Was von ihnen zur Stelle ist, betheiligt sich an dem großen Wettrennen um die Gunst des armen Mannes und hält Wahlreden zum Fenster hinaus. Es könnte scheinen, als habe man Zeit zum Verschwenden übrig, während bis Ostern nur noch eine kurze Spanne Zeit und dennoch nicht einmal der Militäretat zur Berathung gelangt ist.

Liegt Methode in dieser Behandlung der Geschäfte? Ist die Abwesenheit der Mehrheit eine verborgene Obstruktion?

Wenn man das Getuschel gewisser „Staatsmänner“ hört, könnte es so scheinen. So ist es recht, meinen superkluge Leute aus der Mehrheit; der Etat steht in Frage und der Reichstag ist beschlußunfähig, also in der Hand der Sozialdemokraten, denn sie können jeden Beschluß durch Auszählung verhindern. Das wird die Regierung endlich zur Einsicht bringen und die Gewährung von Diäten herbeiführen, denn ein solcher Zustand kann und darf nicht andauern.

Ungeheuer klug und weise gedacht, so glaubt man und daher das unaufhörliche Drängen in gewissen Blättern auf Diätenzahlung nebst detaillirten Vorschlägen. Leider kommt diese plötzliche Energie zu spät, denn einem Reichstag, dessen Existenz sich fünf Jahre ohne Diäten dahingeschleppt hat, wird die Regierung für die paar Wochen, die er noch zu amtiren hat, schwerlich Diäten bewilligen, und was den nächsten Reichstag anbetrifft, so wird man erst abwarten wollen, wie sich dieser präsentirt.

Wir können den eingeschlagenen Weg zur Erlangung von Diäten nur als sehr thöricht bezeichnen; vielleicht verbirgt sich dahinter auch die Trägheit gewisser Parlamentarier. Durch Nachlässigkeit wird man doch eine Regierung nicht von dem energischen Willen einer Volksvertretung überzeugen. Und wenn dieser Wille da wäre, so wären auch die Diäten schon längst da.

Wie zum Hohn für den Reichstag hat man im preußischen Abgeordnetenhause angeregt, dem Präsidenten der reaktionären Dreiklassenwahl-Vertretung besondere Repräsentationsgelder auszuwerfen, und damit wurde zugleich auch die Frage von Repräsentationsgeldern für die Minister verbunden. Die Junker traten mit allem Nachdruck für diese Forderungen ein in dem wohlverstandenen Interesse, daß sie selbst wieder einmal an die Regierung gelangen können, wo sie dann gleich recht warm gebettet sind.

Die preußischen Minister beziehen bekanntlich 36 000 Mk. Gehalt und damit sollte man auskommen, auch wenn „repräsentirt“ werden muß. Für wen wird denn repräsentirt? doch nicht für die große Masse des steuerzahlenden Volkes; dieses kann, wenn es ihm Vergnügen macht, die üppigen Menüs lesen, die in den Zeitungen stehen, wenn ein Minister eine Gesellschaft gegeben hat, und an denen sich in Wirklichkeit doch nur dieselben Junker und Bourgeois delektiren können, welche zur Zeit die Repräsentationsgelder verlangen.

Allein wie dreist auch die Verhöhnung ist, die mit solchen Anträgen dem Reichstage zu theil wird, — sie ist nicht unverdient. Sie trifft natürlich in erster Linie die „ausschlaggebende Partei“, das Zentrum. Als die Zolltarifkommission über den Sommer tagen mußte, war der Moment, Diäten zu erzwingen, von selbst gegeben. Die Regierung hätte sie gewähren oder auf die Berathung des Zolltarifs verzichten müssen. Aber da kam die „staatsmännische“ Leisetreterei des Zentrums. Man wußte, welchen Grund sie hatte. Die Herren fühlten sich bis zu einem gewissen Grade „regierungsfähig“ und wollten nicht zu ungestüm sein; sie hofften auf die Wiederzulassung der Jesuiten und auf die Besetzung einflußreicher Stellen mit ihren Gesinnungsgenossen. So wollen sie nach und nach zu einer Macht gelangen, die sie befähigt, ganz Deutschland unter ihrem Bann zu halten. Zu einem guten Theil geschieht dies ja schon.

So kam es, daß man keine Diäten zugestanden erhielt. Der Reichstag hätte schon längst Diäten, wenn seine Mehrheit ernstlich solche wollte — zwölf Mal hat dieselbe Diäten beschlossen, aber es stets an der erforderlichen Energie zur Ausführung des Beschlusses fehlen lassen. Daß unter diesen Umständen die Regierung gerade jetzt sich veranlaßt fühlen sollte, in dieser Sache nachzugeben, ist gar nicht zu erwarten.

Die Mehrheit des Reichstages trägt eine recht große Sündenschuld auf ihrem breiten Rücken. Sie hat uns in die „Weltpolitik“ hineingestürzt und hat die große Schlachtflotte bewilligt. Damit hat sie die Ausgaben des Reiches in einem fieberhaften Tempo gesteigert und eine solche Schuldenlast aufgethürmt, daß nunmehr ununterbrochen geborgt werden muß, um das klaffende Loch des Defizits einigermaßen auszufüllen. Sie hat unsere Handelspolitik mit dem schrecklichen Zolltarif bepackt. Für all diese Dinge war hinreichende „Energie“ vorhanden — nur für die Diäten nicht.

So hat der Reichstag seine Thätigkeit auch noch mit dem Fluche der Lächerlichkeit beladen, denn es ist selbstverständlich, daß man über diese Energielosigkeit und diplomatische Leisetreterei im Volke draußen aufs härteste urtheilt. Ueberhaupt sei bei dieser Gelegenheit daran erinnert, wie die Mittelparteien als ein Fluch auf der ganzen Entwickelung unseres politischen Lebens lasten und wie man es bei diesen meist als etwas Unerhörtes betrachtet, wenn den von oben herab kommenden Wünschen und Forderungen entschiedener Widerstand geleistet wird.

Seit den Zeiten des Verfassungskonflikts in Preußen hat es in Deutschland einen parlamentarischen Entscheidungskampf größeren Stils gegen eine Regierung nicht mehr gegeben. Es ist, als ob der brutale Junker, der damals die Reste der alten bürgerlichen Demokratie völlig überwand, die Aktionskraft des Bürgerthums auch auf parlamentarischem Boden auf lange Zeit hinaus gelähmt hätte. Wie schwach die bürgerliche Opposition ist, das hat die Haltung Richters beim Zolltarif bewiesen, bei dessen Berathung der „verbissene Oppositionsmann“ den Reaktionären Schlepperdienste geleistet hat.

Nur die äußerste Linke und die äußerste Rechte haben den Muth einer entschiedenen Opposition; was sich dazwischen bewegt, ist fast lauter politisches Molluskenthum.

Und so geht die Laufbahn dieses Parlaments zu Ende unter dem schnöden Hohn der Junker, welche die Gehälter preußischer Minister zu klein finden und den Reichsboten nicht einen Pfennig Entschädigung für eine siebenmonatige Session gönnen.

Wir wollen sehen, ob die Wähler die entsprechenden Lehren aus allen diesen Thatsachen ziehen. Wollen sie die Situation bessern, so müssen aus dem Reichstage alle jene Elemente hinaus, die in ewigem Schwanken begriffen sind und der Volksvertretung jede Selbstständigkeit rauben. Bald lassen sie sich von dem gierigen Gebrüll der Agrarier einschüchtern und zu deren Beutezügen mitreißen, bald lassen sie sich von der Regierung unterkriegen. Soll es besser werden, dann brauchen wir heute Leute von Widerstandsfähigkeit, die sich nicht vor einem Konflikt mit der Regierung fürchten und nicht gleich die Flügel hängen lassen, wenn sie in den offiziösen Blättern angehaucht oder sonstwie von oben herab zur Rede gestellt werden.

Wenn es gelingt, dies Molluskenthum in die Minderheit zu drängen, so wird der Reichstag in unserm politischen Leben einen weit wichtigeren Faktor bilden, als bisher. Es kommt dann die Epoche des Nachgebens der Regierungen, während bisher stets nur die Volksvertretung nachgegeben hat.

Wir überschätzen den Parlamentarismus gewiß nicht und wissen wohl, daß eine solche Wendung kein goldenes Zeitalter bedeutet. Aber erfreulicher wie der gegenwärtige unleidliche Zustand wäre sie immerhin.

(„Leipziger Volksztg.“)

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.“

Berlin, den 3. März 1903.

Der Reichstag berieth am Dienstag den Etat des Reichsinvalidenfonds und wandte sich alsdann dem Etat des Reichseisenbahnamtes zu, mit dessen Berathung er indessen an diesem Tage nicht fertig wurde. — Der Invalidenfonds gab den bürgerlichen, besonders den rechtsstehenden, Parteien Gelegenheit, in wohlfeiler Veteranen- und Invalidenfürsorge zu machen. Zwei Aristokraten von der Bassermann-Partei, der rechtsnationalliberale Graf Oriola und der linksnationalliberale Prinz Carolath führten den Reigen an, in welchem sich durch eine gewisse, vielleicht angeborene Aufdringlichkeit Dr. Arndt bemerkbar machte, der für die Veteranen eine warme Makkabäerlanze brach und dem widerstrebenden Schatzsekretär eine Wehrsteuer aufzwingen will. — Der Etat des Reichseisenbahnamtes gab zu einer — wie gesagt, nicht zum Abschluß gelangenden — sozial- und verkehrspolitischen Debatte Anlaß. Das Reichseisenbahnamt ist eine ziemlich machtlose Aufsichtsbehörde; die Debatte war daher mehr prinzipieller als aktueller Natur. Die Genossen Stolle und Zubeil geißelten scharf die Buddemethode, wie sie in der preußischen und nicht allein in der preußischen Eisenbahnverwaltung gegenüber Arbeitern und Beamten üblich ist; die Freisinnigen Dr. Pachnicke, Schrader usw. — die Volkspartei übt bei solchen Gelegenheiten, um mit der „Kreuz-Zeitung“ zu sprechen, gemeinhin „würdige Zurückhaltung“ — pflichteten ihren Ausführungen bei; die Junker aus Schlesien, von Kardorff und Graf Limburg-Stirum, waren natürlich mit der Erdrosselung des Koalitionsrechts der Arbeiter durchaus einverstanden. Herr v. Kardorff möchte gern eine Stempelsteuer auf Fahrkarten einführen, um den verhaßten Städtern das Reisen noch mehr zu versalzen; Dr. Müller-Meiningen von der freisinnigen Volkspartei fertigte ihn dafür gründlich ab. Die Redner der Linken traten energisch für Tarifreformen ein; Junker Kardorff ist auch für Herabsetzung — aber nur der Gütertarife. — Am Mittwoch wird weiter über den Etat des Reichseisenbahnamtes verhandelt werden; außerdem steht noch der Etat des Reichsjustizamts auf der Tagesordnung.

272. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Frhr. v. Thielmann.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Berathung des Etats des Reichsinvalidenfonds. Im Kapitel 83 werden als Zuschuß zum Dispositionsfonds des Kaisers zu Gnadenbewilligungen aller Art 9 Millionen Mark zur Gewährung von Beihilfen an hilfsbedürftige Kriegstheilnehmer von 1870/71 und den früheren Kriegen gefordert. 324 000 Mark von diesen 9 Millionen sind für diejenigen Teilnehmer bestimmt, die als bezugsberechtigt anerkannt worden sind, aber wegen Mangel an Mitteln bis jetzt unberücksichtigt bleiben sollten.

Die Kommission beantragt durch ihren Berichterstatter, Abg. Graf Oriola, die unveränderte Bewilligung dieses Titels.

Prinz Schönaich-Carolath (Hosp. bei den NL.) erklärt, daß die 324 000 Mark in keiner Weise ausreichen und daß durchaus etwas Durchgreifendes geschehen müsse, selbst auf die Gefahr der Einführung der unsympathischen Wehrsteuer hin.

Dr. Arendt (RP.) bezeichnet die Wehrsteuer als durchaus volksthümlich und erklärt, daß er beim Pensionsetat eine auf ihre Einführung hinzielende Resolution einbringen werde.

Schatzsekretär Frhr. von Thielmann: Die Wehrsteuer ist schon einmal im Reichstage mit großer Mehrheit abgelehnt worden; Oesterreich und Frankreich, deren Geschicklichkeit, Geld aus den Steuerzahlern herauszuholen, (Heiterkeit) bekannt ist, haben durch die Wehrsteuer nur geringfügige Beträge erzielt. Eine Summe von zwanzig Millionen Mark jährlich wird sich sicher nicht ohne eine ernste, ja vielfach vielleicht grausame Schädigung Einzelner aus der Wehrsteuer herausschlagen lassen.

Wattendorff (Z.) spricht sich kurz für den Kommissionsantrag aus, desgl. Graf Oriola (NL.).

Werner (Ant.): Statt bei den Veteranen und Invaliden hätte man lieber anderswo sparen sollen, z. B. bei den theueren Uebungsplätzen.

Graf Roon (K.) theilt die Empörung darüber, daß das Militärpensionsgesetz wieder nicht zur Verabschiedung kommt. Es muß baldmöglichst dafür gesorgt werden, daß die Veteranen aus dem Etat und nicht aus dem Invalidenfonds befriedigt werden.

Dr. Arendt (RP.) polemisirt gegen den Schatzsekretär und empfiehlt auf's Neue die Wehrsteuer.

Dr. Semler (NL.) fürchtet, daß auch die prinzipiell armeefreundlichen Parteien sich genöthigt sehen könnten, am Militäretat solange Abstriche zu machen, bis die Ansprüche befriedigt sind.

Prinz Carolath (NL.), Hilpert (B. d. B.), Kirsch (Z.) sprechen die Hoffnung aus, daß die Ansprüche der Veteranen bald befriedigt werden möchten, selbst wenn man zu diesem Zweck eine Wehrsteuer einführen müßte.

Damit schließt die Diskussion.

Kap. 83 und der Rest des Etats des Invalidenfonds wird debattelos nach den Beschlüssen Kommission angenommen.

Es folgt der Etat des Reichseisenbahnamtes.

Dr. Pachnicke (FVg.): Trotz der Vorgänge im preußischen Abgeordnetenhause müssen wir fortwährend auf Reformen im Personenverkehr und auf Tarifherabsetzungen dringen. Das Publikum will billiger fahren. Es empfiehlt sich, die Rückfahrtkarten abzuschaffen und den Preis der einfachen Karte auf die Hälfte des Preises der jetzigen Rückfahrtkarten zu normiren. Freilich ist das Reichseisenbahnamt nur eine Aufsichtsbehörde ohne reale Macht. Die sächsische Tarifreform bedeutet das Gegentheil einer Verbesserung; sie erhöht fast durchweg die Preise der Rückfahrtkarten. Wie Dr. Zimmermann jüngst in einer vom Verein für Sozialpolitik herausgegebenen Schrift nachgewiesen hat, sind die Arbeitsverhältnisse der Angestellten der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft keineswegs besonders günstig und halten den Vergleich mit der Privatindustrie durchaus nicht überall aus. Sehr anfechtbar sind die Anschauungen über das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter, die Herr Budde im preußischen Landtag zum Besten gab. Nicht einmal dem Verein für Sozialpolitik will man eine Enquete erlauben. Da ist man in Oesterreich bedeutend liberaler; der dortige Eisenbahnminister hat dem Professor Philippowich zu einer derartigen Enquete sogar einen Beamten zur Verfügung gestellt; man hat aber nicht gehört, daß deshalb die Disziplin in die Brüche gegangen sei. Redner bittet alsdann noch das Reichs-Eisenbahnamt, sich über die auf eine Zentralisation der Eisenbahnverwaltungen gerichteten Bestrebungen zu äußern. (Beifall links.)

Dr. Hasse (NL.) giebt den rein fiskalischen Charakter der sächsischen sog. Tarifreform zu, bestreitet dagegen, daß den Eisenbahnarbeitern das Koalitionsrecht zustehe, und verlangt bessere Verbindung zwischen Leipzig und Berlin und Leipzig und Hamburg.

Präsident des Eisenbahnamts Dr. Schulz: In Bezug auf die Zentralisationsbestrebungen im Eisenbahnwesen muß man die Entwicklung abwarten. Ueber die Enquete des Vereins für Sozialpolitik hat sich Herr Budde geäußert;

ich habe keine Veranlassung, darauf zurückzukommen. In die Beziehungen der Eisenbahnverwaltungen zu ihren Arbeitern hat sich das Reichseisenbahnamt nicht zu mischen: im Interesse der Landesvertheidigung begrüße ich es aber, daß im Eisenbahnbetriebe eine zwar wohlwollende, aber auch strenge Disziplin herrscht, (Beifall rechts).

von Kardorff (Rp.) begrüßt die letzte Aeußerung des Vorredners und weist auf Holland hin. Redner spricht sich weiter für eine Reichsstempelsteuer auf Fahrkarten, gegen eine Herabsetzung der Personentarife und für eine Herabsetzung der Gütertarife aus.

Dr. Müller-Meiningen (FVp.): Auf Ihre Forderung einer Fahrkartensteuer werden Ihnen die Wähler die Antwort geben, Herr v. Kardorff! (Abg. v. Kardorff ruft: Das ist mir ganz egal! [Heiterkeit rechts]). Die Herren Agrarier möchten den Städtern am liebsten alle Verkehrserleichterungen nehmen. Das ist einseitige agrarische Politik! Herr v. Kardorff ist ein aufgeregter Gemüthsmensch (Gr. Heiterkeit); er will Herabsetzung der Gütertarife, aber nicht der Personentarife. Da kommt der agrarische Pferdefuß zum Vorschein. (Sehr gut! links). — Es ist schade, daß der preußische Eisenbahnminister es nicht der Mühe werth erachtet hat, hier zu erscheinen. (Lebh. Zustimmung links. Abg. Fischer-Berlin ruft: Im Landtage ist's leichter!) — Redner trägt alsdann noch Klagen der thüringischen Bevölkerung über die preußische Eisenbahnverwaltung vor und bittet das Reichseisenbahnamt, dafür zu sorgen, daß namentlich die thüringischen Handelskammern im preußischen Landes-Eisenbahnamt vertreten sind.

Präsident des Reichseisenbahnamts Dr. Schulz: Daß der preußische Eisenbahnminister hier erscheint, ist unnöthig. Der preußische Eisenbahnetat ist soeben im preußischen Abgeordnetenhause verhandelt worden.

Stolle (SD.): Wir haben durchaus das Recht, hier über alle Angelegenheiten der Verkehrssicherheit, des Tarifwesens 2c. zu sprechen. Die Zahl der Unfälle bei den Eisenbahnen ist in erschreckender Weise gestiegen, sie übertrifft sogar die Zahl der Unfälle im Baugewerbe. Hier muß Wandel geschaffen werden, wenn nicht seitens des preußischen Eisenbahnministers, dann seitens des Reichseisenbahnamts. (Zust. b. d. Soz.) Erstaunt bin ich gewesen über den Aufwand an Schneidigkeit, den ein erst wenige Monate im Amte befindlicher Minister den Arbeitern seines Ressorts gegenüber entwickelt. Der Minister verweigert den Arbeitern das Koalitionsrecht, das ihnen die Gewerbeordnung gewährleistet. In der Dienstvorschrift, die der Minister erlassen hat, heißt es, daß Eisenbahnarbeiter sich nicht an ordnungsfeindlichen Bestrebungen betheiligen sollen. Was versteht man darunter? In Sachsen reicht das Ordnungskartell nur bis zu den Nationalliberalen; wird nun auch ein Eisenbahnarbeiter entlassen, der einem freisinnigen Verein angehört? Art. 3 der genannten Dienstvorschrift verbietet sogar gemeinschaftliche Besprechungen unter den Arbeitern; dieser Art. 3 hebt den § 152 der Gewerbeordnung (Koalitionsrecht) direkt auf. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Hamburger Verband hat nie versucht, einen Streik zu inszeniren, wie denn überhaupt organisirte Arbeiter sich hüten, leichtsinnig Streiks heraufzubeschwören. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die von mir hier oftmals vorgebrachten Beschwerden finden ihre Bestätigung in einem amtlichen Erlaß aus dem Eisenbahndirektionsbezirk Halle, der recht betrübende Mittheilungen über die Beschaffenheit der Räume bringt, in denen das Zugpersonal übernachtete. Die Leute mußten bei bitterster Kälte hinter zerbrochenen Fenstern übernachten; das würden die Herren von der Rechten nicht einmal ihren Kühen zumuthen! Die Wasch- und die Heizvorrichtungen befanden sich gleichfalls in dem mangelhaftesten Zustande. — Redner geht dann auf die sächsische Tarifreform ein. Dieselbe wird besonders die Arbeiter und Geschäftsleute schädigen, aber auch die Einnahmen aus dem Verkehr herabdrücken. Die stets offiziell abgeleugnete Thatsache des preußisch-sächsischen Eisenbahnkrieges wird jetzt sogar von konservativen Blättern und vom Abg. Hasse zugegeben. Das Reichseisenbahnamt hat schon im Interesse des Durchgangsverkehrs durchaus die Pflicht, hier einzugreifen. — Herr Budde verwehrt den Arbeitern seines Ressorts sogar die Zugehörigkeit zu Genossenschaften. Ein Eisenbahnarbeiter, der schon zwanzig Jahre im Eisenbahndienste gestanden hatte, wurde entlassen, weil er Aufsichtsrath eines Konsumvereins war. (Hört! hört! b. d. Soz.) Will nicht auch der Kriegsminister dem Beispiel seines Kollegen folgen und die jungen Leute, ehe er sie in den Krieg schickt, fragen, ob sie Sozialdemokraten sind oder einem sozialdemokratischen Konsumverein angehören? (Sehr gut! und lebh. Beifall bei den Soz.)

Präsident Dr. Schulz weigert sich aufs Neue, auf die Frage des Koalitionsrechts der Eisenbahnarbeiter einzugehen, und behauptet, daß die Zahl der preußischen Eisenbahnfälle abgenommen habe.

Schrader (FVg.): Wir alle wissen, daß das Reichseisenbahnamt seinen Ueberwachungsaufgaben sehr ungenügend nachkommt. — Die Aeußerungen des preußischen Eisenbahnministers im Abgeordnetenhause müssen auf die Arbeiter verbitternd wirken. Wir werden hoffentlich beim Etat der Elsaß-Lothringischen Bahnen Gelegenheit haben, uns mit Herrn Budde über diese Frage zu unterhalten. — Redner tritt für eine Zentralisation der Eisenbahnverwaltungen unter genügender Normirung der Rechte des Reiches, sowie für eine Herabsetzung der Personentarife ein. (Beifall links.)

Graf Limburg-Stirum (K.): Der preußische Eisenbahnminister wünscht ausdrücklich, den Herren von der sozialdemokratischen Partei Rede und Antwort zu stehen. (Singer: Wir ihm auch.) Er ist heute nur durch die Berathung seines Etats im Abgeordnetenhause zurückgehalten. Eine Arbeitszeit von 15—16 Stunden im Eisenbahndienst, von der Herr Stolle sprach, kommt nur ausnahmsweise vor. Der Staat verbietet den Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechtes nicht, aber er kann als Arbeitgeber bestimmen, unter welchen Bedingungen er seine Arbeiter annimmt. Herr Stolle meinte, organisirte Arbeiter würden nicht leichtsinnig in den Streik gehen. Es fragt sich nur, was man unter einem leichtsinnigen Streik versteht. Bei der ausgezeichneten Organisation, über die die Sozialdemokratie verfügt, kann es leicht dahin kommen, daß sie eines Tages von Berlin aus einen allgemeinen Streik proklamiren kann. Ich freue mich, daß der Herr Eisenbahnminister das zu verhüten bestrebt ist. (Bravo! rechts.)

Beck-Coburg (FVp.) wünscht bessere Zugverbindungen durch Thüringen.

Zubeil (SD.): Vom Grafen Limburg-Stirum und seinen Freunden haben wir keine andere Stellung zum Koalitionsrecht erwartet. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Redner fordert Abstellung der unhaltbaren Bahnhofsverhältnisse in Spandau. Es müssen wohl erst noch mehr Unfälle passiren, ehe eine Aenderung vorgenommen wird. Auch die Bezahlung der Eisenbahnarbeiter in Spandau ist zu gering. So muß das Akkordarbeitssystem abgeschafft werden. Der Minister scheint zur Beseitigung dieser Mißstände keine Zeit zu haben, er braucht seine ganze Zeit zum Kampf gegen die Sozialdemokratie. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Geh. Oberbaurath v. Misani: Die preußische Eisenbahnverwaltung ist noch nicht zu einer Einigung mit der Stadt Spandau über den dortigen Bahnhofs-Umbau gekommen.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberathung auf Mittwoch 1 Uhr. Außerdem Etat der Verwaltung der Eisenbahnen und Justizetat.

Schluß 6¾ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eugen Richter wimmelt ab. Im Briefkasten seiner „Freis. Ztg." verlautbart Eugen der edle Freisinnsritter Folgendes, in dem er es, alter Gewohnheit gemäß, an die Adresse der Herren X und Y richtet: „Aus mehreren Wahlkreisen wird berichtet, daß die Freisinnige Volkspartei mit Rechtsparteien ein Zusammengehen beschlossen habe, zu Gunsten von Kandidaten der Rechtsparteien. So wird berichtet aus Naumburg, aus Weimar und aus Frankfurt a. O. Uns ist nicht bekannt, daß die Organisationen der Freisinnigen Volkspartei in den betreffenden Wahlkreisen sich einem solchen Uebereinkommen angeschlossen haben. Jedenfalls hat man mit der Zentralleitung der Partei darüber vorher nicht verhandelt, wie dies durch den Nürnberger Parteitag ausdrücklich vorgeschrieben ist in solchen Fällen. Für die Gesammtpartei sind daher solche Abkommen nicht verbindlich." — Es bleibt abzuwarten, ob dieser Wink mit dem Zaunpfahl Erfolg hat.

Durch den Zolltarif wollen unsere Agrarier der Landwirthschaft „aufgeholfen" wissen. Wie diese Hülfe aussieht, dafür ist folgendes ein lehrreiches Beispiel. In der Gegend zwischen Forchheim und Baiersdorf wird eine ausgedehnte Meerrettichkultur betrieben und das Baiersdorfer Produkt erfreut sich eines Weltrufes. Zahlreiche kleine Grundbesitzer und Händler verschaffen sich durch den Anbau und den Vertrieb des Meerrettichs oder Kreens ihren Lebensunterhalt. Diese vielen kleinen Existenzen, die von diesem Produktionszweige abhängig sind, droht nun die gänzliche Vernichtung. Zwei Drittel der gesammten Kreenernte wurde bis jetzt nach Oesterreich ausgeführt. Nun belegt aber Oesterreich in seinem neuen Zolltarif den Doppelzentner Kreen mit einem Zoll von 20 Kronen. Da dies ungefähr der gewöhnliche Preis für den Kreen ist, so bedeutet der österreichische Zoll eine Verdoppelung des Preises, die das Produkt nicht ertragen kann, und das Ende der Ausfuhr nach Oesterreich und die Lahmlegung der Produktion, denn für diese zwei Drittel der Ernte werden sich nicht so schnell neue Absatzgebiete schaffen lassen. Die dem Untergang geweihten Kreenbauern können sich bei ihren deutschen „Bauernfreunden" bedanken, die mit ihrem Zolltarif die österreichischen Zollsätze heraufbeschworen haben.

Der „schlichte Mann aus der Werkstatt", der Zentrumsarbeiter Krolik erhielt auch in dem Wahlkreis Beuthen, wohin er von seiner Partei spedirt wurde, weil man ihn in Kattowitz nicht brauchen konnte, einen Gegenkandidaten aus der eigenen Partei. Die „besseren" Zentrumskreise stellten den Stadtverordneten Albert Kuchorz auf. Wohin wird nun wohl der Bergmann fliegen?

Arbeitgeberverbände und Innungen. Eine außerordentlich wichtige Entscheidung auf sozialpolitischem Gebiete hat der preußische Handelsminister Möller getroffen. Beim Entstehen der Arbeitgeberverbände in zahlreichen Zweigen des Handwerks waren einige Innungen nur allzubereit, diesen Kampforganisationen gegen die Arbeitnehmer beizutreten, obwohl dies vielfach den Innungsverbänden nicht angenehm war, da die Arbeitgeberverbände ihre Kreise störten. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob eine Innung überhaupt berechtigt sei, einem Arbeitgeberverbande beizutreten. Bei der Gründung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe" traten viele Schneider-Innungen diesem Verbande als Mitglied bei. Der Vorstand des „Bundes deutscher Schneider-Innungen" wandte sich deshalb an den Handelsminister Möller mit der Bitte um eine Erklärung darüber, ob diese korporative Mitgliedschaft Bedenken unterliege oder nicht. Die Antwort des Ministers Möller ist nun erfolgt. Sie geht dahin, daß die Innungen als solche im allgemeinen nicht zum Eintritt in einen Arbeitgeberverband berechtigt seien und daß der dennoch vollzogene Beitritt die Schließung der Innung zur Folge haben könne. Mit Bezug auf den „Allgemeinen Deutschen Arbeitgeber-Verband für das Schneidergewerbe" heißt es in dem Erlaß: „Dieser Verband ist seiner Bestimmung nach, wenn es auch in den Statuten nicht klar hervortritt, ein Kampfverein gegenüber den Organisationen der Arbeitnehmer. Seine Bestimmung steht somit im Widerspruch zu § 81a Ziffer 2 der Gewerbeordnung, wonach die Aufgabe der Innungen die Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen ist. Hierzu kommt noch, daß den Innungen auch Mitglieder angehören, die nicht Arbeitgeber sind und daß es eine Unbilligkeit sein würde, die von ihnen mitaufgebrachten Innungsmittel einem Verbande zuzuwenden, dessen Aufgabe lediglich die Vertretung der besonderen Interessen der Arbeitgeber bildet." — Da die Ausführungen des Ministers über den Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe wohl auf alle Arbeitgeberverbände zutreffen, so wird es nunmehr diesen Verbänden kaum noch gelingen, ganze Innungen zur Mitgliedschaft heranzuziehen.

Ein Geschenk an Venezuela. Dem „Berliner Tageblatt" wird aus New-York gemeldet: Deutsche Offiziere erklären die Behauptung der venezolanischen Regierung, die Deutschen hätten von dem „Restaurador" vor der Rückgabe Gegenstände entfernt, für falsch. Die Deutschen hätten im Gegentheil 12000 Dollar für Reparatur des Schiffes ausgegeben und 150 Tonnen Kohlen an Bord gelassen, ohne einen Cent dafür zu verlangen. Danach hätte also Deutschland Venezuela noch ein Geschenk von 50000 Mk. gemacht, um welchen Betrag die Exekutionsrechnung sich vergrößern wird! Wäre es da nicht viel gescheidter gewesen, den reparaturbedürftigen „Restaurador" den Venezolanern von allem Anfang an ruhig zu belassen?

Das Vermögen der Versicherungsanstalten. Nachdem die Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten im Jahre 1902 89,8 Millionen Mark angelegt haben, beläuft sich das nutzbringend angelegte Vermögen der Anstalten und Kasseneinrichtungen, den „H. N." zufolge, auf 1019 Millionen Mark. Es ist damit also die erste Milliarde Vermögen der Anstalten überschritten worden, zu dessen Ansammlung ein Zeitraum von nur zwölf Jahren nöthig war. — Statt eine derartige Thesaurirungspolitik zu treiben, sollte man lieber die kärglichen Renten erhöhen.

Ein muthiger Orthodoxer ist Herr Amtsgerichtsrath v. Brandt zu Stolberg. Dieser Strenggläubige veröffentlicht im „Stolberg. Anz." folgendes Eingesandt:

„Als Leser des „Stolberger Anzeigers" muß ich auf Grund der heiligen Schrift und der Bekenntnißschriften unserer evangelisch-lutherischen Kirche gegen die in dem Aufsatz der Nummer 16 jenes Blattes vom 25. Februar „Babel, Bibel und der Kaiser" gepriesene Bekenntnißstellung Sr. Majestät, unsres kaiserlichen Herrn, um des Gewissens willen protestiren, weil sie nicht den Christus der Schrift zum Gegenstande hat."

Dieses Eingesandt ist zwar ein Zeichen von Charakter, doch keins von Verstand. Wilhelm II. glaubt bekanntlich an die Offenbarung, wenn er dieselbe auch nicht in der Natur, sondern nur in Personen (Hamurabi, Wilhelm I. usw.) zu entdecken glaubt. Immerhin berührt es sympathisch, daß ein Amtsgerichtsrath den Muth findet, seine der des Kaisers entgegenstehende Meinung frei zu äußern, wenn auch nur aus seltsamer Strenggläubigkeit.

Kleine politische Nachrichten. Der Bund deutscher Bodenreformer hat dem Reichsamt des Inneren ein Anliegen unterbreitet, in dem auf die Entfestigung Posens und die daraus entspringende Möglichkeit einer rationellen Grund- und Bodenpolitik hingewiesen wird. — Die Budgetkommission des Reichstags setzte Dienstag die Berathung des Militäretats fort und setzte die Forderung für Feldbahnmaterial von 665000 Mk. auf 500000 Mk. herab. Der Fonds für Festungszwecke wurde um etwas über 3 Millionen Mark auf 16 Millionen herabgesetzt. — Die während der Blockade von der englischen Flotte weggenommenen venezolanischen Kriegsschiffe sind Dienstag zurückgegeben worden.

Finland.

Die Vergewaltigung Finlands durch russische Willkür ist jetzt bis zur Vereitelung korrekter Rechtsprechung gediehen. Am Sonnabend haben alle noch im Amte befindlichen Mitglieder des Hofgerichts in Aabo mit Ausnahme eines regierungsfreundlichen Aktuars und eines Registrators ihr Abschiedsgesuch eingereicht. Außerdem reichten von den 16 außerordentlichen Mitgliedern des Hofgerichts 15 Gesuche um Befreiung vom Dienste ein. Von den Zeugenvernehmungen vor dem Rathhausgericht in Aabo, welche das Hofgericht anläßlich der gegen den Gouverneur Kaigorodoff erhobenen Klagen angeordnet hatte, sollte die erste am Freitag stattfinden; die Polizei besetzte jedoch die Rathhaustreppen und verhinderte die Zeugen und den Kläger, das Rathhaus zu betreten. Die Gerichtssitzung wurde darauf geschlossen, weil das Zeugenverhör unmöglich war. Als am Sonnabend in einer anderen Klage gegen den Gouverneur eine Zeugenvernehmung stattfinden sollte, besetzte die Polizei wieder das Rathhaus. Als die Mitglieder des Gerichts versammelt waren, erklärte ein Polizeikommissar, die Polizei habe Befehl, die Zeugen der streitenden Parteien nicht einzulassen. Das Gericht protokollirte die Aussage und beschloß, beim Hofgericht in Aabo Klage einzureichen. — Diese Methode der russischen Regierung, unbequeme Verhandlungen unmöglich zu machen, besitzt zweifellos den Vorzug der Originalität; sie ist kurz und praktisch, es ist Anarchie von oben. Die Klage beim Hofgericht ist natürlich aussichtslos, zumal das Gericht jetzt völlig mit Kreaturen der Russifizirungspartei besetzt werden wird, denen es auf einen eklatanten Rechtsbruch mehr oder weniger nicht ankommt.

Dänemark.

Ein sozialdemokratischer Bürgermeister waltet nun in der dänischen Hauptstadt. Der Bürgerausschuß von Kopenhagen wählte Montag Abend mit 19 gegen 15 Stimmen den ehemaligen Maler und Vorsitzenden des sozialdemokratischen Fachverbandes J. Jensen zum Finanzbürgermeister. Nach der Wahl brachten unsere Parteigenossen dem neuen Bürgermeister einen Fackelzug. Auf die Ansprache eines Redners hielt der Bürgermeister vom Gebäude des Blattes „Sozial-Demokraten" aus eine Rede, in der er aussprach, er wisse, daß seine Wahl nicht seinen hervorragenden Anlagen zu verdanken sei, sondern er glaube, sie sei eine Folge der Treue, mit der er bisher an der gemeinsamen Arbeit theilgenommen habe. Auf eine königliche Bestätigung braucht der Bürgermeister von Kopenhagen nicht zu warten. Seine Wahl gilt als Bestallung und nur Inkorrektheiten beim Wahlakte könnten eine Nachprüfung durch die ordentlichen Gerichte zur Folge haben.

Holland.

Die Protestversammlungen gegen die Zuchthausvorlage der Regierung nehmen ihren Fortgang. Die Regierung verhindert jedoch durch Truppenaufgebote, daß Soldaten diesen Versammlungen beiwohnen können. Ein Redner in Rotterdam führte aus, daß die neuen Streikvorlagen die Arbeiter verpflichten, Streikbrecher als „Herrgottskäfer" zu behandeln. In einer Haager Versammlung gegen die „russischen Zwangsgesetze" sagte ein sozialistischer Führer, daß die Arbeiter keine Gewaltthätigkeiten begehen würden; der Sieg solle errungen werden ohne Blutvergießen, nur durch Streik. Unter den Typographen im Haag ist eine Bewegung im Gange, die Artikel der regierungsfreundlichen Presse nicht zu setzen. Gegen den Amsterdamer Oekonom, Privatdozenten van der Goes, wurde ein Strafverfahren eingeleitet wegen Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten. Er hatte in einer Versammlung angeblich die Soldaten aufgefordert, in entgegengesetzter Richtung zu schießen. Der große amerikanische Dampfer „Potsdam" im Rotterdamer Hafen wird zur Aufnahme von 800 Soldaten hergerichtet. Die Staatseisenbahn hat mehrere Arbeiter entlassen, weil sie Agitation trieben. Der Generalpostdirektor ermahnte die Beamten, streng ihre Pflicht zu thun, da sie sonst verabschiedet würden. In Enschede erklärten sich die meisten Eisenbahnarbeiter für den Streik. Die Amsterdamer Zigarrenarbeiter wollen nicht in den Streik eintreten, da sie sich angeblich nicht in die Politik mischen wollen. Dienstag Vormittag be-

gann in den Bureaux d. h. Kommissionen der 2. Kammer die Prüfung der Streikgesetzentwürfe. Zu Referenten wurden zwei Antirevolutionäre, ein Katholik, ein Liberaler und 1 Demokrat gewählt.

Frankreich.

Die „Guten Hirten" von Nancy. Der Appellationshof hat nunmehr in der Klagesache von Frl. Lecoanet gegen die Kongregation der „Guten Hirten" das Urtheil gefällt. Die Ordensgesellschaft wurde zu einem Schadenersatz von 10000 Franken, sowie zur Tragung sämmtlicher Unkosten verurtheilt. In der Begründung wird gesagt, es sei Frl. Lecoanet gelungen, den Wahrheitsbeweis für ihre Behauptungen anzutreten. Es handelt sich bekanntlich hier um das Fräulein, welches im Jahre 1877 als Waise in das „Wohlthätigkeits-Institut" der Guten Hirten aufgenommen wurde, und welches dort gleich wie ihre Leidensgefährten, bei der Wäschenäherei und andern Näharbeiten dermaßen ausgebeutet worden ist, daß sie das Sehvermögen verloren hat.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 4. März 1903.

Die Bürgerschaft begann ihre erste diesjährige Sitzung am Montag mit einer reichhaltigen Tagesordnung; harrten doch nicht weniger als 12 Senatsanträge, darunter einige von schwerwiegender Bedeutung, ihrer Erledigung. Aus diesem Grunde war man auch allgemein der Ansicht, daß es unmöglich sei, eine solche Arbeitsleistung in einer Sitzung zu bewältigen. In anderen Parlamenten wäre so etwas auch wohl unmöglich gewesen, aber in der Lübecker Bürgerschaft macht man Unmögliches möglich — dank der Vorversammlungen, welche jeder Bürgerschaftssitzung voraufgehen. Von diesen hängt es ab, ob die Bürgerschaft an einem Tage ein großes oder kleines Arbeitspensum erledigt. In der der Montagssitzung voraufgegangenen Vorversammlung scheint nun der Kuhhandel glücklich zu Stande gekommen zu sein, denn sonst wäre nicht der größte Theil der Senatsanträge mit einer affenartigen Geschwindigkeit angenommen worden. Durch diese Vorversammlungen, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit tagen, werden die Bürgerschaftssitzungen zur Farce herabgedrückt. Die Hauptthätigkeit der kommunalen Gesetzgebung wird in diesen Vorversammlungen ausgeübt; hier entscheidet sich bereits das Schicksal einer Gesetzvorlage. Daß ein solcher Zustand — unter dem wichtige Vorlagen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit nahezu erledigt werden — einer wirklich demokratischen Verfassung entspricht, wird wohl selbst Herr Dr. Görtz nicht behaupten wollen!

Die Bürgerschaft war am Montag anfangs nur schwach besetzt; später füllten sich die Bänke. Man sah dieses Mal Herren, welche sonst gerade nicht zu den eifrigsten Besuchern zählen. Jedenfalls hatten die Aerzte — welchen ja eine Extrawurst gebraten werden sollte — alles aufgeboten, um ein möglichst gut besuchtes Haus zu erzielen. Auch die eine Seite der Tribünen — die andere Seite bleibt gewöhnlichen Sterblichen verschlossen — war stark besetzt; ein Beweis, welches Interesse die Bevölkerung dem Hauptpunkt der Tagesordnung, die Errichtung einer Aerztekammer, entgegenbrachte. — Eine kurze Debatte, in der Herr Pape sich als Mittelstandsretter aufspielte und hierbei den rothen Lappen schwang, entspann sich bei der Berathung über den Senatsantrag, betr. Erhebung einer Straßenbauabgabe. Die nächsten fünf Senatsanträge fanden theils ohne, theils nach unwesentlicher Debatte Annahme. Zum nicht geringen Erstaunen aller Nicht-Eingeweihten wurde nunmehr der letzte Tagesordnungspunkt — Errichtung einer Aerztekammer und eines Ehrengerichts für Aerzte — vorweggenommen. Hierzu waren drei Resolutionen eingegangen, welche sich entschieden gegen diese Vorlage, die eine Zwangsorganisation der Aerzte zum Zwecke einer besseren Schröpfung der Kassen und des Publikums bezweckt, aussprachen. Als erster Redner bekämpfte Herr Coleman, der Vorsitzende der Ortskrankenkasse, den Entwurf. Seine Ausführungen waren jedoch äußerst flau gehalten; sie erweckten den Eindruck, als ob der Redner es mit Keinem verderben will. Daß er sich überflüssiger Weise als Anhänger der Zwangsinnungen — dem Allheilmittel mancher Mittelstandsretter — bekannte, sei nebenbei bemerkt. Ihm folgte Herr Dobberstein, der nicht mit Unrecht darauf hinwies, daß durch die Errichtung der Aerztekammer auch der Naturheilmethode ein Schlag versetzt werden solle. Als warme Befürworter der Senatsvorlage traten sodann der Vorsitzende des ärztlichen Vereins, Herr Dr. Eschenburg, sowie Herr Dr. Ziehl auf. Diese beiden Herren suchten einerseits den Nachweis zu liefern, daß die Aerzte die reinen Engel sind, während ihre Ausführungen andernfalls den Eindruck erweckten, als ob sich unter ihren Kollegen recht schlechte Kerle befinden. Nun, die Herren müssens ja wissen! Ins Wespennest stach Herr Dr. Eschenburg, als er behauptete, daß die Ortskrankenkasse am Sonnabend insofern einseitig gehandelt hätte, als sie nicht einmal den Vertrauensarzt zu den Verhandlungen hinzugezogen habe. Herr Coleman, durch diese Aeußerung gereizt, fertigte den Herrn gebührend ab und ging näher auf das Verhalten der Aerzte anläßlich der Verhandlungen mit der Ortskrankenkasse ein. Das war den Herren anscheinend sehr unangenehm, denn sie schwiegen sich hierüber aus und seufzten erleichtert auf, als der „schlichte Mann vom Bau", Herr Stender, einen Schlußantrag stellte. Dieser Herr, der sonst bei jeder Gelegenheit das Wort ergriff, scheint jetzt sprechfaul geworden zu sein. Um aber zu beweisen, daß er auch noch da ist, stellt er Schlußanträge. Vielleicht wird er nach dieser Richtung hin in der Bürgerschaft noch einmal der „kommende Mann" und verhilft sich so selbst zu einem großen Ansehen. — Der Schlußantrag fand natürlich Annahme, denn es hatte sich ja auch Herr Pape noch zum Wort gemeldet. Ein von Herrn Oldenburg gestellter Antrag auf Kommissionsberathung, der sogar — man höre und staune! — von Herrn Brecht unterstützt wurde, wanderte unter den Tisch. In der Spezialberathung wurde das Gefecht, das mittlerweile zum Geplänkel herabgesunken war, fortgesetzt, zum Leidwesen so manchen Bürgerschaftsmitgliedes, das sich nach den Fleischtöpfen Mutterns sehnte. Die Senatsvorlage wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen und die Aerzte konnten die Glückwünsche ihrer Freunde einheimsen. — Nachdem sich nunmehr Senat und Bürgerschaft für die Errichtung von Kammern zur Wahrnehmung der Interessen bestimmter Berufsklassen ausgesprochen haben, erwarten wir, daß demnächst die Errichtung von Arbeiterkammern folgen wird!

Die zurückgesetzten fünf Senatsanträge wurden ohne Debatte mit einer ungewohnten Hast — die Mehrzahl der Mitglieder stand bereits an der Thür — angenommen. Leider erhob Niemand gegen diese Hetzjagd Einspruch. Das Mittagessen ging ja auch vor! Kurz vor halb 3 Uhr trollte man mit einem erleichternden „Uff" heim.

Immer bitterer enttäuscht werden die Anhänger der hiesigen „Ordnungs"parteien auf ihrer Suche nach einem geeigneten Kandidaten. Zunächst hatte man den früheren Handelskammerpräses Herrn Rabe in Aussicht genommen; dieser Herr aber dankte „für Obst"! Dann sollte der Kaufmann Herr J. H. Evers die Bürgerlichen aus der Klemme ziehen; diesem Herrn sind nun die Trauben zu sauer! Auch er hat die Uebernahme einer Reichstagskandidatur endgültig abgelehnt. Jetzt stehen die Arrangeure des geplanten Kompromisses wie die Ochsen am Berge und wissen nicht, was thun! Zum Ueberfluß macht ihnen Herr Heise in seinem Blatte nun noch die Hölle heiß mit folgender ironischen Bemerkung: „Bei solchem Tempo kommt der Reichsverein wohl erst dazu, den übrigen bürgerlichen Parteien einen gemeinsamen Kandidaten in Vorschlag zu bringen, wenn Herr Schwartz längst wieder im Reichstag sitzt." — Das wäre auch das Allervernünftigste, was die Herren vom Reichsverein thun könnten; sie würden sich dadurch viel Aerger und Verdruß ersparen und brauchten auch nicht für die Kurkosten des Durchfalls-Kandidaten zu haften! Denn daß die von gegnerischer Seite aufgestellten Kandidaten nur als solche zu betrachten sind, dafür werden unsere Parteigenossen, die heute bereits für unseren Kandidaten eine energische Propaganda entfalten, schon Sorge tragen!

Achtung, Hafenarbeiter! Der Zuzug ist bis auf Weiteres nach Bremerhaven fernzuhalten, da dort neue Differenzen auszubrechen drohen!

Die Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter Fackenburgs und Umgegend sind wegen Lohndifferenzen in den Ausstand getreten. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Lohnkommissionen.

Submission. Die Eröffnung der eingegangenen Offerten für die ausgeschriebenen Maler- und Gasleitungsarbeiten zum Neubau der Lübecker Genossenschafts-Bäckerei fand in Gegenwart des Vorstandes und Aufsichtsrathes statt. Die höchste Forderung für Malerarbeiten betrug 668,04 Mk., die niedrigste 423,70 Mk.; für Gasleitungsarbeiten die höchste 562,58 Mk.. die niedrigste 423.— Mk. Der Zuschlag wurde für Malerarbeiten dem Malermeister G. Behnke, für Gasleitungsarbeiten dem Klempnermeister W. Klüssendorf ertheilt.

Parteigenossen!
Erwerbt das Bürgerrecht!

Eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der Hafenarbeiter findet morgen, Donnerstag, im Vereinshaus statt. Da in dieser Versammlung die Antwort der Handelskammer auf die Eingaben, betr. Errichtung einer Wartehalle bekannt gegeben werden soll, so ist das Erscheinen sämmtlicher Hafenarbeiter dringend erforderlich.

Oeffentliche Bücher- und Lesehalle. Die Benutzung der öffentlichen Bücher- und Lesehalle, Mengstraße 10, hat in den ersten beiden Monaten dieses Jahres in überraschender Weise zugenommen. Die Statistiken der Bücherhalle sowohl wie der Lesehalle weisen Zahlen auf, wie sie hier bisher noch nicht erreicht sind. Die Lesehalle, die im Januar 1902 von 2418 und im Februar 1902 von 2252 Personen besucht war, ist in diesem Januar von 3463 und im Februar von 3460 Personen besucht worden, also schon in zwei Monaten gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von 2253 Besuchern! Durchschnittlich wurden täglich 130—140 Besucher gezählt. In der Bücherhalle sind in den letzten beiden Monaten 230 Leser neu eingetreten. Ausgeliehen wurden im Januar 2599 (1902: 2032) und im Februar 2682 (1902: 1953) Bände. Es sind demnach in den beiden ersten Monaten dieses Jahres allein 1297 Bände mehr ausgeliehen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. An mehreren Tagen wurden in den 2 Ausleihestunden über 150 Bände ausgegeben. Unter diesen Umständen ist es, soll nicht ein Stillstand in der Entwickelung der Bücher- und Leschalle eintreten, unbedingt nothwendig, spätestens zum nächsten Herbst die Zeit der Bücherausgabe (jetzt 6½—8½ Uhr abends) und die Oeffnungszeit der Lesehalle (jetzt 5—10 Uhr, an Sonn- und Festtagen 4—9 Uhr abends) wesentlich auszudehnen. Auch eine erhebliche Vermehrung des Bücherbestandes ist dringend nothwendig. Den neuen Ausgaben, die hierdurch erwachsen würden, ist aber die Kasse des Vereins „Oeffentliche Leschalle" nicht gewachsen. Die Freunde der Lesehalle sollten es sich daher angelegen sein lassen, die so wünschenswerthe Fortentwicklung unserer Bücher- und Lesehalle durch Werbung neuer Mitglieder, durch Bücherschenkungen und durch Zuwendung außerordentlicher Beiträge zu ermöglichen. Bücher- und Lesehalle sind als Bildungsanstalt für alle Schichten der Bevölkerung auf das thatkräftige Interesse aller Kreise angewiesen.

Dem Arbeitshause wurden im verflossenen Monat 15 Personen wegen Bettelns überwiesen. Die Haftdauer schwankt zwischen 3 und 24 Monaten.

Serenissimus in Lübeck! Serenissimus, der bekannte, der leutselige Fürst, der Protektor des Theaters „Schall und Rauch" in Berlin, dessen ständiger Besucher er seit Monaten ist, wird an der Spitze seines kleinen Hoftheaters und in Begleitung seines treuen Hofmarschalls Freiherrn von Kindermann unser Stadttheater mit höchstseinem Besuche beehren, um auch hier seine geistvollen Aperçus über Kunst und Künstler von der Bühne herab auszusprechen. Wie uns nämlich aus dem Theaterbureau mitgetheilt wird, ist zwischen der Direktion unseres Stadttheaters und dem Theater „Schall und Rauch" in Berlin ein Vertrag zum Abschlusse gelangt, wonach das Ensemble dieses Theaters mit seinen ersten Kräften am Sonnabend den 7. und Sonntag den 8. März hier gastiren wird. In Berlin erfreut sich das Theater „Schall und Rauch" trotz der kurzen Zeit seines Bestehens einer Popularität, wie kein anderes derartiges Unternehmen; mit den Serenissimus-Szenen hatte dieses Theater den stärksten Erfolg der letzten Saison und erzielte damit über 200 ausverkaufte Häuser. Auch in Hamburg, Breslau, Hannover, Leipzig, Stuttgart, Köln, Wien, Prag, Preßburg, Budapest 2c., woselbst das Ensemble in der vorigen Saison gastirte, fanden die Vorstellungen vor stets dichtgefüllten Häusern den ungetheilten Beifall der Presse und des Publikums.

pb. **Zwei Brände in einem Zimmer.** Gestern Abend gegen 10¾ Uhr wurde die Feuerwehr nach der Untertrave Nr. 107 gerufen, woselbst ein kleiner Gardinenbrand ausgebrochen war, der durch die Feuerwehr schnell gelöscht werden konnte. Gegen 4 Uhr morgens entstand in demselben Zimmer noch einmal ein Feuer, dessen Entstehungsursache darauf zurückzuführen sein dürfte, daß sich ein fortglimmender Funke in einem mit Plüsch bezogenen Stück Mobiliar festsetzte und durch einen Luftzug zur Flamme entfacht wurde. Der nunmehr entstandene Schaden ist größer, wie der erste, da das ganze im Zimmer befindliche Mobiliar zerstört wurde. Durch das schnelle Eingreifen der Feuerwehr wurde das Feuer auf seinen Herd beschränkt. Das erste Feuer entstand wahrscheinlich dadurch, daß beim Oeffnen der Stubenthür ein Luftzug entstand, der die Gardinen einer in der Nähe stehenden Lampe zu nahe brachte.

Neue Straßennamen. Durch Senatsbeschluß ist dem am Ende der Friedrich-Wilhelmstraße, hinter der Overbeckstraße liegenden Platz der Name „Friedrich-Wilhelmplatz", der Verbindungsstraße zwischen der Friedrich-Wilhelmstraße und dem Herderplatz der Name „Klaus Grothstraße" und der Straße V des Bebauungsplanes der Vorstadt St. Jürgen der Name „Fritz Reuterstraße" beigelegt worden.

pb **Unterschlagung einer Uhr.** Ein hiesiger Tischlermeister kaufte auswärts eine werthvolle antike Uhr und kam mit derselben am 1. d. Mts. spät Abends auf dem hiesigen Bahnhof an. Vor dem Bahnhofe übergab er die Uhr einem dort harrenden, ihm unbekannten Gelegenheitsarbeiter, damit er sie ihm in seine Wohnung trage. Bis heute ist aber der Mann mit der Uhr bei dem Tischlermeister nicht eingetroffen.

pb. **Diebstahl.** In den letzten Nächten wurden aus dem zum Abbruch bestimmten Hause Fackenburger Allee 4 folgende Gegenstände gestohlen: 1 Waschkessel (Messing, 4 Eimer Inhalt); 1 Kochtopf (Eisen, Emaille); 1 Holzeimer, 1 Stuhl mit Rohrsitz und eine Waschruffel. Des Weiteren sind von einem Herd zwei Messingstangen, ein Wasserkastendeckel und mehrere eiserne Herdringe gestohlen.

Zuzug von Arbeitern nach der Herrn Lohrmann in Lübeck gehörenden Faßfabrik in Sternberg i. M. ist streng fernzuhalten, da L. wegen einer geringen Mehrforderung 60 Arbeiter ausgesperrt hat. Kein Arbeiter darf seinen Arbeitsbrüdern in Sternberg in den Rücken fallen!

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Bei der Doppelvorstellung am Sonntagabend im Kieler Stadttheater sah eine Anzahl der auf der Bühne beschäftigten Hülfsarbeiter sich veranlaßt, ihre Thätigkeit einzustellen. Die Hülfsarbeiter erhalten für gewöhnliche Vorstellungen ganze 75 Pf. pro Abend. Bei Doppel-Vorstellungen hatten die Leute bis dahin einen Zuschuß erhalten. Da ihnen dieser am Sonntagabend strikt verweigert wurde, gingen die Leute nach dem Schauspiel nach Hause. Zum Montagabend hatte der Direktor sich Leute von der „Herberge zur Heimath" geholt. — Der Zuzug von Bauhülfsarbeitern nach Schwerin ist fernzuhalten, da über die Bauunternehmer Joh. Fedder und Ferdinand Stange die Bausperre verhängt ist. — Die Plätterinnen haben über sämmtliche Wäschereien in Woltmershausen bei Bremen die Sperre verhängt.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Wegen Sittenverbrechen in mindestens 12 Fällen verurtheilte die Hamburger Strafkammer einen reisenden Schauspieler zu 2½ Jahren Zuchthaus. — Wir berichteten gestern unter „Letzte Nachrichten" über ein im Aermelkanal untergegangenes, wahrscheinlich aus Hamburg stammendes Schiff. Es bestätigt sich nun, daß die an der Küste von Cornwall in der Nacht zum Sonntag gesunkene Bark eine deutsche war. Es handelt sich anscheinend um die Bark „Luna" aus Hamburg, da Wrackstücke mit diesem Namen an Land angeschwemmt worden sind; auch eine Leiche wurde angeschwemmt. Einige Meilen nordwestlich von Lands End wurden vier Leichen, die wahrscheinlich von dem Schiffbruch der Hamburger Bark „Luna" herrühren, aufgefunden. — Nach der vom „Bureau Veritas" in Hamburg veröffentlichten Statistik sind im Monat Januar 99 Schiffe vollständig verloren gegangen, nämlich 63 Segelschiffe und 36 Dampfschiffe. — Aus Apenrade wird gemeldet: Der Knecht Lorenz Hansen, beim Hofbesitzer Erichsen in Tarp bedienstet, ist auf der Bahnstrecke nach Gravenstein vom Zuge überfahren und total zermalmt worden. — Montag Nachmittag 4½ Uhr brach in der alten Tuchfabrik in Malchow Feuer aus, welches fast das ganze Gebäude einäscherte. Der Tuchmacher Ellerhusen kam in den Flammen um, drei andere Personen erlitten schwere Brandwunden. — Beim Anzünden einer Lampe geriethen in Harburg die Kleider eines etwas gelähmten und tauben Knaben in Brand. Der Zustand des Kindes ist sehr bedenklich.

Hamburg. Die Sozialdemokratie im ehemaligen nördlichen Belagerungsgebiet (Hamburg-Altona-Wandsbek-Harburg und Umgegend) hat einen stetigen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen. Von der Bedeutung der finanziellen Mittel, welche für die Partei in diesem Gebiet aufgebracht werden, zeigt der Umstand, daß im verflossenen Jahre insgesammt rund **190 000** Mark vereinnahmt worden sind. Die Mitgliederzahl der in diesem Gebiet bestehenden sozialdemokratischen Vereine bezifferte sich auf über **23 000**. — Die Partei der „Elenden" macht immer größere Fortschritte und findet immer mehr Anhänger in denjenigen Volkskreisen, die nach einem bekannten Ausspruch das Tischtuch zwischen sich und ihr zerschneiden sollten.

Grevesmühlen. Noch gut abgegangen. Am Montag wurde kurz vor Bobitz ein Arbeiter aus Naudin, der im betrunkenen Zustande auf den Schienen lag, von dem Zugräumer eines Güterzuges erfaßt und am Kopfe schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt. Man schaffte den Verunglückten in das hiesige Krankenhaus.

Neubuckow. Wiederaufnahmeverfahren in Sachen Harder. Wegen Meineides ist, nach unserem Mecklenburger Parteiorgan, gegen den Händler Wulff in Kamin auf Beschluß des großherzoglichen Oberlandesgerichts ein Verfahren eingeleitet worden. Wulff erscheint verdächtig, in Sachen des zu zwei Jahren Zuchthaus verurtheilten Harder vor dem Schwurgericht zu Güstrow am 8. März 1902 wissentlich unter Eid ein falsches Zeugniß abgelegt zu haben. Wulff hat seinerzeit beschworen, es sei 10 Uhr Vormittags gewesen, als Harder mit dem Arbeiter Niemann zusammen in die Schwarck'sche Wirthschaft zu Kamin ging. H. behauptet, es sei 12 Uhr Mittags gewesen.

Schwerin. Vorgeschichtliches Grab. In der Nähe von Schwerin wurde auf der Feldmark Plate ein Hünengrab gefunden. Dies Kegelgrab führte seit langer Zeit den Namen Radelsberg und sollte vom Besitzer eingeackert werden. Der im Grabe gefundene Todte trug einen goldenen Fingerring und einen bronzenen Halsring; durch einen Knopf und eine Nadel wurde das Gewand zusammengehalten. Eine bronzene Schmuckdose mit linearer Verzierung lag am Kopfende. Das Grab stammt aus der Zeit um etwa 1000 vor Christi Geburt. In der Nähe liegt das berühmteste vorgeschichtliche Grab, der „Königsberg", in dem seiner Zeit ein bronzener Wagen gefunden wurde.

Geestemünde. Die Leiden der Schiffbrüchigen. Kapitän Büschen und drei Mann von der

Besatzung des auf Island gestrandeten und wrack gewordenen Heringsdampfers „Friedrich Albert" sind zurückgekehrt. Die Schiffbrüchigen haben, nachdem sie bereits weite Strecken zurückgelegt hatten, drei Mal wieder zur Strandungsstelle zurückkehren müssen, weil unpassirbare Flüsse sie am Weiterkommen hinderten und weil ihnen der Proviant ausging. Dann haben sie sich aus Brettern, welche vom Schiff an Land getrieben waren, ein Fahrzeug gezimmert, welches sie sowohl als Schlitten, als auch als Boot benutzten. Mit dessen Hilfe sind die neun am Leben gebliebenen Leute dann unter unsäglichen Strapazen bis in bewohnte Gegenden vorgedrungen. Den fünf noch auf Island gebliebenen Leuten geht es verhältnißmäßig gut.

Lübecker Stadttheater.

Die Camelieudame, Schauspiel in 5 Akten von Alex. Dumas (Sohn). „Die Camelieudame" ist ein Theaterstück, über dessen innere Hohlheit einem denkenden Menschen niemals Zweifel kommen werden, dessen Reiz — es liegt zu wenigsten für Manchen ein solcher darin — nur die nach Patchouli duftende Pariser „Halbwelt" bildet, in welcher eine schwindsüchtige Kokotte auch noch obendrein krankhaft sentimental wird, und schließlich unter dem Beifall des Publikums stirbt. Etwas allerdings enthält die „Camelieudame", und das ist eine Rolle, mit der eine geschickte Künstlerin immer Effekt machen wird. Die Marguerite Gautier verhalf sowohl der Sarah Bernhardt als auch der Duse mit zu ihrem Weltruf. Es lassen sich bei dieser Demimondäne so viele Züge von virtuosem Können anbringen, wie selten anderswo; man hat sogar verschiedentlich ärztlicherseits festgestellt, daß Schauspielerinnen ganz naturgetreu, d. h. unter denselben Begleiterscheinungen wie wirklich Kranke, „gestorben" sind. Es war gewiß kein Wunder, wenn eine solche Aufgabe eine so hochtalentirte Künstlerin, wie Frl. Dewald es ist, und die auch das nöthige „Zeug" dazu hat, zu einem Versuch reizte, und man darf gestehen, derselbe ist hervorragend gelungen. Frl. Dewald gab die Marguerite Gautier, ohne ihr den Charakter der moralisch defekten Halbweltdame gänzlich zu nehmen, in vornehmer Weise; es gelang ihr, der schönen Sünderin zeitweilig den Ausdruck eines inneren Schmerzes zu verleihen, der nicht nur auf ihr physisches Leiden zurückzuführen ist. In der Liebe zu Armand kommt die bessere Natur des Mädchens zum Vorschein und dieser Uebergang wurde so glaubwürdig dargestellt, daß man fast vergessen mußte, was Marguerite war. Erschütternd und bis in die kleinsten Einzelheiten durchdacht wiedergegeben wurde die Sterbeszene. Daß dieser Bravourleistung der Applaus nicht fehlte, ist selbstverständlich. Es war obendrein die Vorstellung zugleich der Ehrenabend für Frl. Dewald, und da gab es auch noch andere Beweise der Anerkennung in reicher Fülle; fast nach jedem Akt verwandelte sich die Bühne in einen duftenden Garten. Mit dem sentimentalen Liebhaber der Marguerite, Armand, hatte sich Herr Hellmer abzuquälen. Er machte seine Sache recht annehmbar. Sonst kommen eigentlich bedeutende Rollen in dem ganzen Stück nicht weiter vor. Das Theater war beinahe ausverkauft.

L.

Letzte Nachrichten.

Berlin. Eine gewaltige Gasexplosion, der ein Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich Dienstag Nachmittag in einem zweistöckigen Werkstättengebäude bei dem Stettiner Bahnhof. Wahrscheinlich war ein unter dem betreffenden Gebäude herlaufendes Gasrohr undicht geworden, das Gas ausgeströmt und der untere Raum des Hauses damit erfüllt worden. Durch Entzündung erfolgte dann die Katastrophe, wodurch das obere Stockwerk in sich zusammenbrach und den dort beschäftigten Arbeiter Bernhard Zimmermann begrub. Infolge des gewaltigen Luftdruckes wurden in der Umgebung sämmtliche Fenster- und Kupeescheiben zertrümmert. Die Feuerwehr war bald zur Stelle und barg nach viertelstündiger Thätigkeit die Leiche des Verunglückten.

Neapel. Ein heftiges Unwetter herrschte hier Montag Abend. Ein zu der österreichischen Yacht „Veglia" gehöriger Matrose wurde durch Blitzschlag getödtet; mehrere Stellen der Stadt wurden überschwemmt.

Petersburg. Eine Feuersbrunst, welche die meisten Wohnhäuser einäscherte, wüthetet in Grinzewa, Gouvernement Wolynien. Leider sind dem entfesselten Element auch mehrere Menschen zum Opfer gefallen. Die Bewohner eines Hauses kamen sämmtlich in den Flammen um. In einem anderen verbrannte ein halb erwachsenes Mädchen, während in einem dritten die Ueberbleibsel zweier verbrannter Kinder gefunden wurden. Es wurde böswillige Brandstiftung festgestellt. Die Thäter sind noch nicht entdeckt.

Newyork. Explosion. Im Kohlenschuppen einer Zementfabrik in New-Village (Staat New-Jersey fand Montag Abend eine Explosion statt durch Entzündung von Gas. Fünf Personen wurden getödtet, 30 verletzt.

Schanghai. Viertausend Häuser eingestürzt. Aus Korea wird eine gewaltige Katastrophe gemeldet. Durch Ueberschwemmung und Feuersnoth wurden nicht weniger als 4000 Häuser zum Einstürzen gebracht, wobei soweit bis jetzt feststeht, 186 Menschen ums Leben kamen.

Briefkasten.

Wettende Hafenarbeiter. Wie man uns mittheilt, wurde der Travemünder Leuchtthurm im Jahre 1529 von holländischen Maurern, angeblich ohne Zuhülfenahme eines Gerüstes, erbaut.

Für die liebevolle Theilnahme an unserm schmerzlichen Verlust sagen wir Allen unsern herzlichen Dank.

Familie **Bumann.**

Zu verm. einige 2 Zimmer-Wohn. mit allem Zubehör Bülowstr. 10.

Zum 1. April eine kl. Wohnung zu vermiethen. Näheres Schwartauer Allee 90 a.

Durch Zufall eine kleine Wohnung zum 1. April, Miethe 160 Mk. Wickedestraße 48.

Durch Zufall zum 15. April oder später **eine freundliche 1. Etage** an junge Leute zu vermiethen Belzerstraße 27 a, 1. Et.

Zum 1. April **2 Wohnungen zu vermiethen** Chajotstraße 21.

Ein eleganter **Damen-Maskenanzug** zu vermiethen. Friedenstr. 1u3, 1. Etg.

Schwartau.

Eine Frau mit einem 2jährigen Kinde sucht für ca. 8 Wochen unter bescheidenen Ansprüchen Wohnung und Verpflegung.

Offerten zu richten an Th. Bartels, Lübeck, Schützenstraße 29.

Eine Holzdrehbank zu kaufen gesucht. Näheres mit Preis unter **G. 30** an d. Exp. d. Bl.

Eine unterhalt. Nähmaschinenfuß zu kaufen gesucht. Offert. unter **T 24** an die Exped. d. Bl.

Sportwagen zu verkaufen. Hundestr. 24, 2. Etg.

Ein Divan mit Moquette-Plüsch u. klappbaren Walzen ist preiswerth zu verkaufen. Näh. i. d. Exped. d. Bl.

Partie gute leere Zigarrenkisten zu verkaufen Ludwigstraße 38.

Zu verk. ca. **120 Klinker, 1 Kinder-Bettstelle mit Traillen, 1 Kleiderschr., 1 Sopha, 1 Gartenb.** Fackenburger Allee 42 c.

Großer Ausverkauf

wegen

Verkauf des Geschäftshauses.

Besonders billig

1 Posten Korsetts

von 60 Pfg. an, mit Spiralfedern von 1,20 an.

1 Posten Normalhemde

72, 98 Pfg., 1,15–1,95 Mk.

1 Posten leicht angeschmutzter Damenwäsche.

1 großer Posten Gardinen

in weiß und creme

für die Hälfte des reellen Werthes.

Ernst Umlandt

Königstr. 129. Ecke Mühlenstr.

Kinderwagen.

Größte Auswahl, elegante Neuheiten

zu bekannt billigen Preisen.

H. Gröper, Mengstrasse 18.

Sarg-Magazin

von

Georg Behnck

4 Warendorpstraße 4 (St. Lorenz).

Empfehle mein Lager von fertigen Särgen in allen Größen und Preislagen bei sofortiger Lieferung zu billigsten Preisen.

Sterbe-Kleider u. Wäsche in größter Auswahl.

Empfehlungs-Karten

Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Verkauf in Gebinden u. Flaschen: **Gr. Gröpelgrube 23**

und in vielen einschlägigen Geschäften.

Wirthen und Händlern Vorzugspreise.

Vaterlandslose Gesellen.

Kurze Biographien der verstorbenen hervorragendsten Socialisten des 19. Jahrhunderts.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Achtung! Für Brautleute!

Plüsch-Garnituren, Sofas, Rohr- und Polsterstühle, Vertikows, Spielerspiegel, Trumeaux mit Stuhl, Spiegel und Kleiderschränke, Bettstellen mit Matratzen, Waschtische, Sofatische, Küchenschränke u. so w. alles ganz extra billig, nur Beckergrube 20.

Konfirmationskleider werden billig und gut angefertigt, sowie jegliche Schneiderarbeit. Näh. Bleicherstr. 20.

Messerwaaren

Waffen und Optik

best und billigst bei

Diedrich Tesschau

27 Lübeck Breitestrasse 27

Fernruf 1165.

Freiwillige Kranken- und Sterbekasse.

(E. H. Nr. 6 in Lübeck.)

Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung

am Freitag den 6. März 1903

Abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

Besondere Angelegenheit.

Der Vorstand.

Achtung! Kohlenarbeiter!

Extra-Versammlung

Heute, Mittwoch den 4. März

Abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Es ist dringend nothwendig, das sämmtliche Kollegen zu dieser Versammlung erscheinen.

Der Vorstand

Achtung! Hafenarbeiter

Gemeinschaftliche Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag den 5. März

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

1. Die Antwort der Handelskammer betreffs Warthalle
2. Innere Verbandsangelegenheit.

NB. Kontrollkarten müssen vorgezeigt werden.

Der Generalbevollmächtigte.

Franz Wilh. Lichtenstein, Barbier und Friseur, 11 Große Burgstraße 11.

Möbelkäufern

empfehle ich mein großes Lager dauerhaft gearbeiteter

Möbel jeder Art.

Folckers Möbel-Magazin

25 Marlesgrube 25.

Sanitätsverband

der freien Hülfskassen Lübecks.

Außerordentliche

General-Versammlung

am Donnerstag den 5. März

Abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52.

Tages-Ordnung:

1 Innere Verbandsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Zimmerer

Versammlung

am Donnerstag den 5. März

Abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.

Tagesordnung u. A.:

Stellungnahme zu den Anträgen der Generalversammlung.

Circus Variété

Kommen! Sehen! Staunen!

Anfang 8 Uhr.

Panorama

(Filiale Berlin, Passage)

Breitestrasse 53, 1. Etg.

Hochinteressante Wanderung durch die

Sächsische Schweiz.

Stadt-Theater.

Donnerstag, 5. März, 7½ Uhr:

158. Vorst. 138. Abonn.-Vorst. 23. Donnerst.-Ab.

Die beiden Schützen.

Komische Oper in 3 Akten von Lortzing.

Freitag: Letztes Gastspiel Alwine Wiecke: **Judith.**

Sonnabend u. Sonntag Gastspiele Schall u. Rauch.

Sonntag Nachmitt. bei ermäßigten Preisen: **Im weißen Rößl.**

Im **Wilhelm-Theater:** Sonnabend: **Alt-Heidelberg.** Sonntag: **Der Obersteigrr.**

Verantwortlicher Redakteur für den politischen Theil der Zeitung mit Ausnahme der Artikel „Musik und Kunstgebiete", sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich. Verantwortlicher Redakteur für die Artikel „Musik und Kunstgebiete", sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz. Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 54. Donnerstag, den 5. März 1903 10. Jahrgang.

Vor vierzig Jahren.

Am Sonntag waren es vierzig Jahre, daß Ferdinand Lassalle an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses in Leipzig sein Offenes Antwortschreiben richtete, in dem er das Aktionsprogramm einer neuen, selbstständigen Arbeiterpartei entwarf und der deutschen Arbeiterbewegung gleich in ihren ersten unsicheren Anfängen Richtung und Wege wies. Der 1. März kann füglich als Geburtstag der deutschen Arbeiterbewegung bezeichnet werden.

Das Leipziger Komitee hatte in einer Berliner Volksversammlung, in der es durch Fritzsche und Vahlteich vertreten war, das Mandat zur Vorbereitung des allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses erhalten und da Berlin und Leipzig die einzigen Städte waren, welche in der Arbeiterkongreßfrage eine eigene Initiative entwickelt hatten, so hatte das Leipziger Komitee einen legitimen Auftrag von den berufenen Vertretungen der deutschen Arbeiterschaft, und das Offene Antwortschreiben an das Leipziger Komitee war ein Aufruf an die Gesammtarbeiterschaft Deutschlands, in deren stillschweigendem Einverständniß Berlin und Leipzig bisher die Vorbereitungen des Projekts getroffen hatten, das seit der Rückkehr der Arbeiterdelegirten von der Londoner Weltausstellung von 1862 in Deutschland in der Luft lag. Und die Arbeitervereine, die damals in Deutschland bestanden, erwarteten mit Spannung das Leipziger Manifest, und indem sie sich nach seinem Erscheinen in begeisterter Zustimmung oder leidenschaftlicher Ablehnung damit auseinandersetzten, erkannten sie allseitig an, daß die Geburtsstunde der deutschen Arbeiterbewegung geschlagen hatte.

Waren so in dem Auftreten Lassalles die demokratischen Voraussetzungen und Garantien einer gewaltigen Massenbewegung äußerlich gegeben, so war es Lassalles ganz persönliches, individuelles Verdienst, daß er den historischen Moment erfaßte und der erwachenden Bewegung ein greifbares Ziel steckte, das sie sich als nächste politische Augenblicksforderung aneignen und, diese einmal erreicht, als entscheidende Waffe in ihrem Befreiungskampf verwerthen konnte. Es war in der damaligen Zeit der allgemeinen politischen Rechtlosigkeit und unglaublichen sozialen Bedrückung der deutschen Arbeiterschaft eine That hohen persönlichen Muthes und starken revolutionären Idealismus, die im dumpfen Aberglauben an die ärmlichsten sozialen Kurpfuschereien befangene Klasse auf den rein politischen Kampf und auf ein einseitig politisches Recht, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, als den einzig möglichen Weg ihrer Befreiung zu verweisen. Dieser kühne Schlag war umso bewundernswerther, als er die offene Kriegserklärung an die Fortschrittspartei war, von der die Arbeiterschaft in Deutschland, soweit sie politisch denken konnte, ihre wirthschaftspolitischen Anschauungen geliefert bekommen hatte, und als er zugleich mit dem Muthe der revolutionären That alle die theoretischen Bedenken auf die Seite schob, welche die geistigen Väter des Kommunismus, Marx und Engels, gegen die Sümpfe und Abgründe des allgemeinen Stimmrechts geltend gemacht hatten und noch längere Zeit geltend machen sollten. In dieser geschichtlichen That hat sich auch der dauernde Werth des Offenen Antwortschreibens und der ganzen Lassalle'schen Agitation und Organisation bewährt. Die übrigen Punkte des Antwortschreibens, in denen Lassalle das Prinzip der allgemeinen Wahlen theoretisch und agitatorisch zu verankern suchte, das „eherne Lohngesetz" und die „Produktivassoziationen mit Staatshilfe", sind inzwischen längst historisch geworden, obwohl sie für das damalige wirthschaftspolitische Bewußtsein der deutschen Arbeiterschaft unentbehrlich und vielleicht von entscheidender Bedeutung sein mochten. Der Gedanke der Eroberung des allgemeinen Wahlrechts aber und, was noch wichtiger ist, seiner planmäßigen Verwerthung zum Zweck der Revolutionirung des Bewußtseins der Massen, ist revolutionäre Wirklichkeit geworden, und diese That sichert Lassalle eine nicht nur historische, sondern dauernd gegenwärtige Bedeutung für den Klassenkampf der deutschen Arbeiter, solange dieser ein politischer Kampf sein und bis er zu seinem großen Endziel gelangen wird.

Immerhin mag aber auch heute nicht der sichere agitatorische Instinkt unterschätzt werden, mit dem Lassalle an die Vorurtheile der deutschen Arbeiterschaft anknüpfte und diese in revolutionärem Sinne zu verwerthen und weiterzubilden suchte. Wer damals zu den deutschen Arbeitern von der Sonnenhöhe des Kommunistischen Manifestes oder auch der Inauguraladresse gesprochen hätte, hätte vielleicht eine kleine Gemeinde von Auserlesenen um sich sammeln, niemals aber eine politische Aktion großen Stils in Fluß bringen können. Es hat die geschichtliche Größe Lassalles mitbegründet, daß er, treu dem agitatorischen Prinzip, das er einmal in einem Briefe an Marx entwickelt hatte — das mangelnde Bewußtsein einer unterdrückten Klasse durch zeitweiliges Verschleiern oder Zurücktretenlassen der revolutionären Idee zu gewinnen, um sie nachher durch dieses klug eroberte Stück Wirklichkeit zur ganzen Wirklichkeit zu machen — das politische Bewußtsein der deutschen Arbeiterschaft als eine gegebene Größe nahm, um es nach seinem Bilde weiterzubilden. Ohne das eherne Lohngesetz und die Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe wäre die Schöpfung Lassalles kaum jemals ein politisch lebensfähiges Gebilde geworden; hier hat ihn der Wille zur Eroberung der politischen Macht, der ihn später zu gewagten und manchmal überstürzten Experimenten verführte, sicher und treu geleitet, und die höchste richterliche Instanz der Geschichte, der Erfolg, hat für ihn gesprochen.

Schließlich hat die lebendige Selbstbewegung der deutschen Arbeiterpartei auch das theoretische Rüstzeug des Lassalleschen Aktionsprogramms, das ihr in den ersten Jahren eine schützende Kruste gewesen war, in dem Augenblick überwunden und abgeworfen, als es die selbstthätige Bewegungsfreiheit der Arbeiterschaft, insbesondere auf gewerkschaftlichem Gebiet, einzuschnüren begann, und es blieb ihr als dauerndes Vermächtniß Lassalles das allgemeine Wahlrecht, das der Begründer der deutschen Arbeiterbewegung dieser in der historischen Stunde ihrer Geburt als leuchtendes Fanal, als das Zeichen aufpflanzt hatte, in dem sie siegen werde.

Weg und Endziel hat Lassalle der sozialdemokratischen Partei vor vierzig Jahren in seinem Offenen Antwortschreiben gewiesen. Diesen Weg der Agitation, der Organisation, der politischen Aktion ist die Partei ein Menschenalter lang gegangen, und erst, wenn sie am Ziele sein wird, wird das Programm des Offenen Antwortschreibens erfüllt sein.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Aussperrung der Täschner in Berlin ist bereits beendet. Infolge Eingreifens des Gewerbegerichts-Direktors v. Schulz verstanden sich die Unternehmer zu einer Verlängerung des abgelaufenen Vertrages bis zum 1. Juli ds. Js. Bis dahin soll ein neuer Vertrag berathen werden. — Die Stukkateure der Firma Becker in Hannover, die in Halberstadt Arbeiten übernommen hat, sind in Differenzen gerathen. Die Firma sucht in auswärtigen Zeitungen Stukkateure. — Im Steinbruchsbetriebe von Köyler in Meißen sind Montag Vormittag 60 Schleifer, Steinmetzen und Pflastersteinhauer in den Streik eingetreten. Die Ursache der Arbeitsniederlegung sind Lohnreduktionen. — Die Vermittlungsversuche des Vorsitzenden des Gewerbegerichts Dr. Braunagel und des Vertreters der Fabrikinspektion Dr. Fröhlich bei den Differenzen zwischen den Arbeitern und der Direktion der Lanz'schen Fabrik in Mannheim blieben bis jetzt erfolglos. Die Fabrikleitung will von der geplanten Einführung der Kontroluhren nicht abstehen.

Pulver zur Reichstagswahl. Die organisirten Maurer Leipzigs beschlossen in einer Versammlung, aus den Mitteln ihres lokalen Unterstützungsfonds 3000 Mk. an die sozialdemokratische Partei zur Reichstagswahl abzuführen. Eine Versammlung der Bäcker Leipzigs beschloß ebenfalls, 100 Mk. zur Reichstagswahl zur Verfügung zu stellen.

Reichstagskandidaturen. Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück: Redakteur Heinrich Schulz-Bremen. Nordhausen: Expedient Glocke-Berlin. Weimar I: Schriftsteller August Baudert-Apolda. Weimar II: Schlosser Hermann Leber-Jena. Weimar III: Malermeister Paul Leutert-Apolda. Schwarzburg-Sondershausen: Redakteur Joos-Gotha. Langensalza-Mühlhausen-Weißensee: Schriftsteller Max Grunwald-Berlin.

Der Zentralausschuß der französischen sozialistischen Partei lehnte mit 75 gegen 55 Stimmen ein Tadelsvotum gegen Millerand ab, das wegen dessen Abstimmung über die Disziplin in der Armee eingebracht worden war, und lehnte den beantragten Ausschluß Millerands aus der Partei mit 72 gegen 52 Stimmen ab.

Ein ehrenvolles Jubiläum. Die sozialistische „Newyorker Volkszeitung" feierte vor einer Woche ihr 25jähriges Jubiläum. Die Geschichte dieses Blattes ist aufs engste mit der modernen Arbeiterbewegung der Vereinigten Staaten verknüpft. Inmitten aller Intriguen und Irrungen, durch die der amerikanische Sozialismus sich hindurch zu arbeiten hatte, blieb die „Volkszeitung" ihrer Aufgabe treu. Große Verdienste hat sie sich besonders in den letzten vier Jahren erworben, als sie die amerikanische Sozialdemokratie sowohl vor dem Revisionismus wie vor der sektenartigen Erstarrung schützte. Die Opfer, die die deutschsprechenden Genossen dem Blatte brachten, sind sehr bedeutend. Aber sie waren nicht vergeblich. Eine große Anzahl anglo-amerikanischer Genossen wurden herangebildet, die die sozialistische Agitation nach allen Richtungen des nordamerikanischen Kontinents bringen. Die 300 000 sozialistischen Stimmen, die im November 1902 in den Vereinigten Staaten abgegeben wurden, sind die ersten untrüglichen Zeichen, daß der Sozialismus dort feste Wurzeln geschlagen hat. Wie gut die „Volkszeitung" während dieses Vierteljahrhunderts gearbeitet hat, zeigen auch die sehr lehrreichen Diskussionen über das Verhältniß zwischen Sozialismus und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, die gegenwärtig die Spalten der sozialistischen Presse der Vereinigten Staaten füllen. Möge die „Volkszeitung" weiter gedeihen, bis die sozialistische Bewegung die weitesten Schichten der amerikanischen Arbeiterklasse erfaßt hat. Dann wird sie ihre Mission erfüllt haben und den englisch geschriebenen Parteiblättern Platz machen müssen.

Die Mitarbeit von Parteigenossen an bürgerlichen Blättern. Der Unterzeichnete ist veranlaßt worden, über einige Fragen seine Meinung abzugeben, die seit längerer Zeit größere Kreise der Partei beschäftigen und eine Stellungnahme des Vorstandes nöthig machen. 1. Kann es mit den Interessen der Partei für vereinbar erachtet werden, daß Parteigenossen als Redakteure oder Mitarbeiter an bürgerlichen Preßunternehmungen thätig sind, in denen an der sozialdemokratischen Partei gehässige oder hämische Kritik geübt wird? Antwort: Nein! 2. Kann ein Parteigenosse Redakteur oder Mitarbeiter eines bürgerlichen Blattes sein, auf welches obige Voraussetzung nicht zutrifft? Diese Frage ist zu bejahen, soweit Stellungen in Betracht kommen, in denen der Parteigenosse nicht genöthigt wird, gegen die sozialdemokratische Partei zu schreiben oder gegen dieselbe gerichtete Angriffe aufzunehmen. Im Interesse der Partei sowohl wie im Interesse der in solchen Stellungen befindlichen Parteigenossen liegt es jedoch, daß den letzteren keine Vertrauensstellungen übertragen werden, weil solche sie früher oder später in Konflikt mit sich und der Partei bringen müssen. Berlin, den 2. März 1903. Der Parteivorstand.

Die Lehrersbraut.

Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

(22. Fortsetzung.)

Die Poesie der Lieder, die Christine in schönen Tagen auf dem Dorfe gelernt und gesungen hatte, lebte wieder in ihr auf. Traurige und fröhliche summten durcheinander in ihr und feuchteten bald ihre Augen und regten zarte, süße Schauer in ihr an. Sie hörte die Melodien ordentlich in ihrer Seele, und Stimmen in der Luft, nahe und ferne, schienen in sie einzuklingen.

Die gute Christine! Jetzt war sie fein, und ihr Gesicht war geistig und ihr ganzes Wesen von einem Reiz übergossen, daß es auch der eitle Pedant in der Stadt hätte anerkennen müssen. — Zu spät! — Aber zu ihrem großen Glück! — Jener hätte sie nicht verdient, auch wenn es ihm möglich gewesen wäre, sein Versprechen zu halten und seine Treue zu bewahren.

Wir haben damit erklärt, was die Vorübergehenden Absonderliches an Christine wahrnahmen. Hübsche Mädchen in Rieser Tracht kann man viele sehen, wenn man durch die gesegnete Ebene wandert — und Glück hat. Aber Bilder, wie Christine in ihrer jetzigen Seelenstimmung eins darbot, wird man unter allen Umständen nur selten bemerken können.

In der Einsamkeit eines Waldthals nahmen die Gedanken der Fußgängerin eine bestimmte Richtung. Ein Verhältniß, wie sie es mit Forstner gehabt, läßt sich nicht abthun und vergessen; die Seele wird eine Zeitlang immer wieder zurückschauen und sich den Verlauf und den Ausgang zu erklären suchen.

Christine ließ das Handeln Forstners wieder an ihrem Geiste vorüberziehen. Wie billig sie war und wieviel sie sich selber zur Last legen mochte, nahm sie alles zusammen und hatte sie ihn in den hauptsächlichsten Momenten vor Augen, so konnte sie sein Benehmen zwar begreiflich finden, aber auch nicht der leiseste Hauch von Achtung dieses Mannes war ihr möglich. Im Besitz dessen, was Natur und Geschick ihr an Einsicht verliehen hatten, kam ihr die ängstliche Sorge und die Wichtigkeit, womit er ihr den Flitterkram seiner Bildung aufdrängen wollte, über alle Maßen kleinlich vor; und daß er diesen als die Hauptsache ansah, für die wirkliche Hauptsache dagegen, welche sie jetzt aufs allerklarste anschaute, keine Augen und kein Gemüth hatte, das erfüllte ihre Seele mit einer Geringschätzung, in welcher sie ihn zu einem Nichts hinschwinden sah.

Es war unvermeidlich, hier nicht an das Benehmen des Veiters Hans zu denken. Obwohl sie eine Scheu davor empfand, so konnte sie dem Reiz doch nicht widerstehen, sich zu vergegenwärtigen, wie sich dieser von der ersten Zeit an gegen sie betragen hatte. Seine treue Liebe, die sich erst so bescheiden verbergen wollte und sich doch verrieth; seine Freude an ihr und das Vergnügen, das aus ihm leuchtete, wenn er sie bei der Arbeit loben konnte und sie dabei ansah; die stete Sorge für sie und ihre Mutter, der Eifer für ihr Wohlergehen und ihre Ehre; sein Großmuth, als er erfahren hatte, was ihn aufs tiefste und bitterste kränken mußte; der Stolz, der sich vor den Leuten nichts anmerken ließ und alles vergessen zu haben schien; die unendliche Gutmüthigkeit, womit er sie später als Verwandte und Jugendfreudin behandelte, als ob sie ihn nie beleidigt hätte — alles das stellte sich vor ihre Seele und verband sich zu einem einzigen Bilde. Die ganze Schönheit eines von Gott und Natur mit gleicher Liebe beschenkten Gemüths glänzte vor ihr, und sie war jetzt in der rechten Stimmung, sie zu erkennen und nach ihrem Werth zu schätzen. Thränen stürzten aus ihren Augen, die nur der edeln Seele galten. Sie fühlte die Liebe und Treue eines solchen Mannes als das Liebste und Holdeste, was es geben könne auf der Erde; in ihrem Herzen gährte und bebte es, und eine Gluth entzündete sich und loderte empor und übergoß ihr bleiches Gesicht urplötzlich mit brennender Röthe.

Es war geschehen. Sie hatte ein Gefühl, als ob nichts wahr gewesen wäre in ihrem ganzen Leben, als diese Liebe zu dem besten Menschen auf der Welt. Alles, was ihr an andern schön vorgekommen war und reizend und vornehm, erschien ihr jetzt wie gar nichts, wie Rauch, den ein Windhauch verjagte. Sie begriff nicht, wie man sich davon blenden lassen, wie man daran sein Herz hängen, wie man darauf bauen und vertrauen könne.

Und sie hatte sich zweimal davon blenden lassen! Sie war von dem, der allein aller Liebe und Treue werth gewesen, zweimal abgefallen!

Das Gesicht, auf welchem sich die Blässe wieder gelagert hatte, wurde aufs neue überströmt — von der Röthe der Scham; und diese blieb länger auf ihm als die Farbe der Liebe und des Entzückens.

„Du hast keine Augen gehabt", rief sie sich strafend und leidvoll zu, „du hast nichts gesehen — du Blinde, Dumme, Sinnlose!"

Sie fühlte ihre ganze Unwürdigkeit dem braven, uneigennützigen, unendlich liebevollen Manne gegenüber. Das Licht der Erkenntniß, das ihr zuerst in schwachem, vorübergehendem Aufzucken, dann im klaren, hellen Scheine zu Theil geworden war — jetzt flammte es vor ihr empor und leuchtete und brannte vor ihr und faßte und durchloderte sie, und drohte sie zu verzehren.

Das war das Maß, mit dem ihr gemessen werden sollte — das volle, gerüttelte und geschüttelte, überfließende Maß.

In der Qual dieser Flamme gab es nur eine Rettung für Christine, und sie griff danach. „Er soll's nie, nie erfahren, wie es mir zu Muth ist! Kein Sterbenswörtchen soll er von mir hören, aus keiner Miene, keinem Zuck soll er's errathen können! Im Herzen will ich ihn tragen Tag und Nacht — todtschlagen will ich mich lassen für ihn, wenn

Wegen Schutzmannsbeleidigung wurde Genosse Kempkens von der „Rheinischen Ztg." in Köln zu 30 Mk. Geldstrafe verurtheilt. In dem Prozeß wurde durch zwei als Zeugen auftretende Schutzleute bekundet, daß sie vom Polizeipräsidium die Vorschrift haben, bei der Wegschaffung von auf der Straße liegenden betrunkenen Personen Handkarren zu nehmen; die Benutzung von Droschken ist ihnen verboten; vorgeschrieben ist das billigste Fahrzeug. Der Gerichtsvorsitzende gab seiner Ueberraschung über diese Grundsätze des Polizeipräsidiums Ausdruck.

Immer mehr Licht dringt in das dunkle bayerische Schwabenland. Jetzt wurde auch in Günzburg eine Sektion des Sozialdemokratischen Vereins Augsburg gegründet, nachdem erst auch in Kriegshaber eine solche zu stande kam. Die Saalabtreiberei in Göppingen, einem Städtchen mit bedeutender Nähfadenindustrie, hat das Resultat gezeitigt, daß auch dort demnächst ein Bäumchen des Sozialismus gepflanzt werden kann. Vorwärts auf der ganzen Linie!

Der schwedische Sozialistische Jugendbund hielt am 21. und 22. Februar seinen vierten Kongreß in Stockholm ab. Aus dem Vorstandsbericht ging hervor, daß der Bund, der im Jahre 1901 in 15 Klubs 500 Mitglieder hatte, jetzt 17 Klubs mit zusammen 890 Mitgliedern zählt. Es bestehen aber außerdem noch eine große Anzahl solcher Klubs, die noch nicht dem Bunde angeschlossen sind, so daß die Gesammtzahl der Mitglieder der sozialistischen Jugendorganisationen Schwedens ungefähr 2000 beträgt.

Schutz den kapitalistischen Lieblingen. Gelegentlich des großen Bauarbeiterkampfes in Hamburg im vorigen Jahre kamen auch Agenten nach Bochum, um Arbeitswillige zu werben. Der Vorsitzende des Maurerverbandes, Zahlstelle Bochum, der Genosse Urban, versuchte die Angeworbenen aufzuklären. Dabei soll er zu einem der Arbeitswilligen gesagt haben, daß ihm die Knochen kaput geschlagen würden, wenn er nach Hamburg gehe. Der Staatsanwalt erhob Anklage, es mußten jedoch zwei Termine vertagt werden, da der angeblich Bedrohte nicht aufzufinden war. (!) Urban wies die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen entschieden zurück und benannte Zeugen, die aussagten, nichts von den Aeußerungen gehört zu haben, trotzdem sie im Anwerbebureau anwesend waren. Belastungszeugen konnte auch die Staatsanwaltschaft nicht weiter beibringen. Am Freitag stand eine neue Verhandlung an. Der Bedrohte war immer noch nicht aufzufinden. Obwohl die Anklage nur auf den Aussagen desselben ruhte, der nur vom Untersuchungsrichter vernommen war, wurde doch verhandelt und Urban zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt. Charakteristisch ist eine Aeußerung des Gerichtsvorsitzenden. Bevor das Gericht zur Berathung abtrat, frug er den Angeklagten, ob er eine „führende Rolle" innehabe, worauf ein Beisitzer frug: „Im Hamburger Verein?" was natürlich bejaht wurde.

Aus Nah und Fern.

Zwei Militärgerichtsurtheile. Am 3. Janr. 1903 ließ sich der Artillerist Heinrich vom Breslauer Feldartillerie-Regiment von einem Eisenbahnzuge, der ihm den Kopf vom Rumpfe trennte, überfahren. Mißhandlungen sollen die Ursache zu dieser That gewesen sein. Als am Donnerstag gegen den Unteroffizier des Verstorbenen vor dem Breslauer Kriegsgericht verhandelt wurde, sagte die als Zeugin vernommene Mutter des Heinrich aus, ihr Sohn habe sehr viel über Mißhandlungen geklagt, der Unteroffizier Myslliwiec sei sehr grob und haue ihn und die Kameraden. Mit der Peitsche habe er ihm übers Ohr gehauen, daß es blau wurde und auf seine Klagen habe ihm der Unteroffizier geantwortet: „Du Hund willst bloß immer im Lazarett liegen." Der Verstorbene habe erzählt, daß der Unteroffizier die Soldaten mit der geballten Faust ins Gesicht schlage und sagte: „Nimm die Knochen zusammen, sonst schlage ich Dir den Schädel ein." Heinrich wird vom Sergeanten als ein williger Soldat geschildert. Er ging freiwillig zum Militär. Der Verhandlungsleiter verliest einen Brief des Todten an die Mutter, in welchem dieser äußerte, wenn es nicht anders wird, muß er sich's ändern. Der Unteroffizier bestreitet die meisten Delikte und giebt nur zu, daß er den Mann mit der Klopfpeitsche geschlagen und geohrfeigt habe, weil er sein Spind nicht in Ordnung hielt. Einen andern Mann, den Kanonier Schubert, habe er im Scherz geschlagen (!). Der Vertreter der Anklage beantragte sechs Wochen Mittelarrest. Das Gericht erkannte auf drei Wochen Mittelarrest, indem es keinerlei Zusammenhang zwischen Selbstmord und Mißhandlung annahm! — Einen Tag später verhandelte das Oberkriegsgericht in Breslau als Berufungsinstanz gegen einen Musketier wegen Achtungsverletzung und Beleidigung eines Vorgesetzten. Der Unteroffizier hatte ihm die schief sitzende Mütze in unkorrekter Weise über's Gesicht gezogen und war ihm dabei mit den Händen ins Gesicht gefahren. Der Musketier sagte: „Das A.. will mich wohl gar in die Fresse schlagen" und erhielt dafür sechs Monate und 28 Tage Gefängniß. Die erste Instanz hatte auf neun Monate erkannt.

Noblesse oblige. Vor einigen Tagen feierte der Fideikommißbesitzer Werner von Czettritz und Neuhaus zu Seitendorf im Kreise Waldenburg den Tag, an dem vor 450 Jahren das Gut Seitendorf in den Besitz seiner Familie gelangt war. Die „Kreuzztg." und andere konservative Blätter zählten die Mitglieder der Gesellschaft auf, die sich zur Feier des Tages und zum Festmahl in Seitendorf versammelt hatten. Die Festrede hielt der Freund des Hauses, der Finanzminister von Rheinbaben. Am Schluß der Schilderung des Festes wurde rühmend hervorgehoben, daß die Familie von Czettritz ein Kapital von 500 Mark gestiftet habe, aus dessen Zinsen die Ortsarmen von Seitendorf unterstützt werden sollen. Diese großartige Spende stellt also den Ortsarmen Seitendorfs alljährlich die enorme Unterstützung von 17,50—20 Mark in Aussicht.

Ueber den schweren Orkan, der, wie schon kurz gemeldet, Donnerstag Nacht und Freitag über England dahinraste, entnehmen wir den Privatmeldungen der „Frankf. Ztg." Nachstehendes: Aus dem nördlichen und mittleren England werden viele Unfälle, die der Sturm herbeiführte, berichtet. Die Hängebrücke über die Menai-Straße (Nordwales), die längste Hängebrücke Englands, 1819 bis 1826 von Telford erbaut, ist so beschädigt, daß der Verkehr über sie eingestellt werden mußte. In Holyhead wurde eine aus Eisen konstruirte, 350 Personen fassende Kirche aus ihren Fundamenten gehoben und zertrümmert. Lokomotivführer, die in der Nacht von Holyhead nach London fuhren, erzählten, sie hätten an der Küste von Wales noch nie einen solchen Sturm erlebt. Einem von ihnen wurden durch fliegende Steine die Zähne ausgeschlagen. In Manchester wurde ein Wohnhaus vom Sturme umgerissen. Ein Knabe wurde dabei tödtlich verletzt. Die Feuerwehr mußte die Bewohner retten. In Lower Gornal wurde das Pavillon-Theater ganz zerstört; Kostüme und Dekorationen wurden nach allen Richtungen zerstreut. In Morley wurde ein eisernes Dach 20 Meter weit auf eine Schule geworfen und diese arg beschädigt. In Darlington stürzte der Thurm der Presbyterianerkirche zusammen. Auf der Furneß-Eisenbahn, die an der Küste von Cumberland entlang führt, wurde Freitag früh ein von Carnforth nach Whitehaven fahrender Zug vom Sturme umgeworfen, als er gerade bei Ulverstone auf hohem Viadukte über den Levenfluß fuhr. Da der Telegraph zerstört war, dauerte es drei Stunden bis Hilfe kam. Es zeigte sich, daß 32 Personen verwundet waren. Vier Personen werden vermißt. Sie sind offenbar in den hochfluthenden Levenfluß hinuntergeschlendert worden. Am Hause eines Methodisten-Predigers in Hetton (Durham) wurde das Dach eingedrückt, der Prediger im Bett getödtet, seine Frau schwer verletzt. In Burnley tödtete eine umfallende Plakatwand einen Knaben.

Standesamtliche Nachrichten

vom 22. bis 28. Februar 1903.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

18. Februar. Maurer A. J. H. Warnemünde. Kaufmann C. A. H. Hüter. Zigarrenfabrikant J. H. F. Prahl. 19. Arbeiter J. H. Pries. 20. Schneider C. A. Braune. Arbeiter Ch. F. Hamann. 21. Briefträger H. J. F. Behrens. Eisenbahn-Wagenschieber K. J. H. Martin. Buchhalter G. C. H. W. D. Lerch. 22. Arbeiter R. H. Müller. Landmann H. H. Sparr. 23. Maurer A. A. Dencker. Träger A. W. Meyer. Eisenbahn-Assistent J. F. Hamann. 24. Steinsetzer F. Neumann. 25. Schloss J. Brech. Schuhmacher J. R. Schmidt. 27. Segelmach C. A. F. J. G. Bötz.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

12. Februar. Lohndiener J. A. W. H. Haase. 1 Zimmermann H. H. Gammelien. 18. Arbeiter J. H. Kaeselau. Buchhalter C. A. A. Ulrich. 19. Tischler J. C. Hinrichs. Schneider W. F. G. Ploog. 20. Bäcke gehülfe F. A. A. Neubauer. Kunstgärtner J. H. F. H mann. Zimmermann H. A. R. H. Möller. Maler H. D. Koop. 21. Maler C. H. W. Lorenz. Geschäftsreisend H. C. J. Wilms. Eisenbahn-Wagenschieber C. Bauman Feuermann H. Ch. J. Waedow. 22. Rechtsanwalt u Notar Dr. jur. L. C. F. Wittern. Prokurist C. A. F. Hi debrand. Arbeiter W. A. Rohde. 23. Restaurateur J. C W. Glöe. Feuermann G. F. C. Protz. Arbeiter A. Pahlke. Friseur J. J. H. Burmester. Friseur C. G. Hess. 25. Arbeiter H. A. Prieß. (Schönböcken).

Sterbefälle.

21. Februar. Briefträger D. G. C. Barzugli, 64 Arbeiter H. F. Feldt, 42 J. C. Schütt, 3 M. 22. Arbeit H. G. J. Schau, 75 J. B. A. Hentschel, 6 M. (Krempels dorf). M. A. L. Blüthgen, 11 J. 11 M. (Vorwerk). W. M. C. Daniel, 6 J. 10 M. A. W. H. von Loh, 6 Privatier W. Pabst, 61 J. 23. Privatier J. L. Seeman 74 J. Knecht P. W. G. Westphal, 30 J. A. J. M. ge Erdtmann, Wittwe des Arbeiters J. W. H. Möller genan Siewert, vorher verw. Lehnhard, 67 J. 24. Altentheil J. W. P. Jacobsen, 77 J. (Gothmund). C. A. M. M. ge Offen, verw. Lange, Ehefrau des Holzarbeiters J. H. Nehwoldt, 70 J. C. M. C. Bumann, 18 J. Matrose J. Zarnott, 51 J. Dienstmann J. Ch. F. Klutas, 55 25. Gastwirth C. H. Rosenquist, 72 J. Kaufmann C. Themel, 71 J. Privatmann J. H. W. J. Hesser feld, 74 Jahre. Rentier C. H. F. Näveke, 58 Jahr M. C. M. geb. Sass, Wittwe des Arbeiters J. H. Hannemann, 78 J. 26. A. F. D. geb. Westphal, Wittw des Schlossermeisters F. G. C. Dittmar, 65 J. Arbeite H. T. H. Lübbers, 18 J. A. D. M, geb. Bogaske, Wittw des Riemermeisters J. H. N. Bruhns vorh. verw. Robern son, 81 J. M. C. C. geb. Neumeyer, Wittwe des Pos Direktors A. Molkau, 80 J. C. M. M. geb. Schmid verw, Boye, Ehefrau des Arbeiters P. C. J. Buddin, 68 H. K. C. geb. Jensen, Ehefrau des Arbeiters F. A. H. Heurich, 35 J. 27. C. C. S. geb. Riff, Wittwe des Ar beiters J. H. N. Heynatz, 84 J. C. Koch, 1 J. 3 M. C. M. geb. Sommer, Ehefrau des Arbeiters H. F. Schümann, 40 J. (Wilhelmshöhe). Kommis W. J. Rehse, 24 J. 28. W. A. A. Maske, 1 J. Ein todtgeb Mädchen, V.: Arbeiter J. J. H. Klingbiel.

Angeordnete Aufgebote.

23. Februar. Müller C. H. M. Binder zu Oldeslo und M. C. W. Oldekop geschied. Richter. Kommis C. F Engel zu Hamburg und J. C. J. Borkowsky. 24. Ar beiter H. P. J. A. Wienck und H. C. M. Dunker zu Ba lingen. Eisenbahn-Kontrolleur C. W. Holz und Wittw A. M. C. Militz geb. Holst. Kaufmann R. A. H. O. Höp ner und C. D. L. Gehrke zu Braunschweig. 25. Schlachte H. F. W. O. Clasen gen. Lüth und A. H. W. Fischer i Schlagsdorf. Arbeiter A. P. C. Hildebrandt und S. C J. Schoer gen. Sahlmann. 26. Geschäftsführer F. W Genzmer und J. C. Vogel zu Osnabrück. 27. Handlungs gehülfe C. M. M. Burckardt und J. M. D. Messer z Breiholz. 28. Friseur W. M. H. Westphal und Wittw M. M. C. Gettendorf geb. Vagt. Arbeiter C. H. J. F. O Burmann und C. J. F. S. Bruhn.

Eheschließungen.

24. Februar. Gärtner A. J. H. und A. M. Helms zu Schwerin. Bäcker G. Derlien und C. M. Pünner. Post bote H. J. C. Fahl und L. M. D. Unruh, beide zu Ham burg. 26. Schreiber bei der Staatsanwaltschaft J. F. H Witt und M. C. L. Düsler. Arbeiter F. Jazdzewski zu Vorwerk und W. F. Schink zu Klein-Mühlen. 28. Klemp ner J. H. F. Klenow zu Kassel und A. J. M. L. Walther. Maurer C. H. W. Timmermann zu Hamm i. W. und L D. M. Hirsacker. Arbeiter F. L. F. Buchholtz und B. H C. Plat. Maurer F. W. A. Marks und D. J. C. Dahmcke. Arbeiter A. Bloch und A. L. W. Boethling. Eisendreher H. C. O. Dürkop und B. M. D. Latendorf. Seemaschinist K. G. H. Lutz zu Hamburg und A. S. C. Renk.

---

sein muß — aber sterben will ich, ohne daß er weiß, wie ich gesinnt gewesen bin!"

Nun brachen wieder Thränen aus ihren Augen und rollten die Wangen hinab; aber es waren lindernde Thränen. Sie und das Gelübde, das sie gethan, halfen zusammen, der Tieferregten nach und nach die Ruhe wieder ins Herz zu flößen, in der sie still ergeben, aber zugleich mit einem gewissen Stolz der Entsagung fortwanderte.

Endlich fühlte sie sich müde und erschöpft, und im nächsten Dorfe ging sie in das Wirthshaus, das an der Straße lag. Sie nahm ein einfaches Mahl zu sich, ruhte aus und erholte sich. Als sie nach der Zeche fragte, sah die schon ziemlich bejahrte stattliche Wirthin sie prüfend an. „Du bist wohl im Dienst gewesen und krank geworden?" fragte sie theilnehmend.

Christine richtete merklich verletzt den Kopf auf und erwiderte: „Krank gewesen bin ich, aber im Dienst nicht."

Der theilnehmende Blick der Wirthin verwandelte sich in einen spöttischen. „Ah", sagte sie, „da bitt' ich um Verzeihung, daß ich der Jungfer unrecht gethan hab'!" Sie überlegte ein wenig, nannte die Summe, erhielt das Geld, bedankte sich und ging hinaus. Die Zeche war ziemlich groß, und Christine fühlte, was sie gethan hatte.

„Du bist wieder dumm und am unrechten Orte empfindlich gewesen", dachte sie. „Die Frau ist gut und wollte dir eine kleine Zeche machen, und du bist ihr lächerlich vorgekommen mit deinem Stolz, und sie hat ganz recht gehabt, dir eine Lehre zu geben. Im Dienst! 's wär besser, du wärst im Dienst gewesen und könntest jetzt nach Hause gehen —"

Ihr Geist verlor sich in Gedanken, dann erhellten sich plötzlich ihre Züge; mit einem Aussehen, als ob sie einen Vorsatz gefaßt hätte, erhob sie sich und verließ die Stube.

Im „Hausdennen" stand die Wirthin. „Geht's schon weiter, Jungfer?" war die noch immer spöttische Frage.

„Ja", erwiderte Christine. „Lebt wohl, Frau Wirthin, und haltet mich nicht für einfältiger als ich bin!"

Das behaglich breite Gesicht lächelte und der Spott darin erhielt einen Zusatz von Wohlwollen. „O bewahre!" rief sie, „ich seh' schon, wen ich vor mir hab'. Glück auf den Weg!"

Es war nothwendig, daß Christine sich gestärkt und erholt hatte — sie kam dem Ries näher und näher.

Eine Stunde darauf, und sie war eingetreten in seinen Kreis, und ihr Herz klopfte, ihr Kopf schwindelte. Sie sah, was ihr bekannt war von Jugend auf, aber das Bekannte erschien ihr wie ein Märchen. Dort rechts der Felsen von Wallerstein im Kranze von Häusern und Bäumen, geradeaus der graue Thurm von Nördlingen, und jetzt in dem Schein der Sonne, die vorübergehend aus den Wolken trat — ihr Geburtsort.

War es nicht ein Traumgesicht?

Waren die Bilder, die vor ihren Augen flimmerten, nicht aus Luft gewoben und hergezaubert, um auf einmal wieder zu verschwinden?

Nein, sie standen fest und blieben stehen und traten immer deutlicher hervor. Sie hatten gezittert und gegaukelt vor ihr, weil ihren eigenen Kopf eine Art von Trunkenheit ergriffen hatte, und in der Schwärmerei des Staunens hatte das Altgewohnteste den Charakter des Wunders angenommen.

Sich endlich besinnend und fassend, ging sie weiter und weiter, ihrem Dorfe zu. Sie freute sich an der Heimat, an den Leuten, die ihr begegneten, an den Arbeitern auf dem Felde, die sie von weitem sah und an der schönen und traulichen Rieser Tracht; aber sie fürchtete sich, daß irgend jemand sie erkennen und bei ihrem Namen rufen möchte. Unangefochten langte sie an der Feldung ihres Geburtsortes an. Sie schlug einen Fußweg ein.

Je näher sie dem Ziele kam, desto mehr entsank ihr der Muth. Sie konnte nicht anders — sie mußte sich wieder vorstellen, was die Leute von ihr denken, was sie sagen und ihr nachsagen würden. Als Schmach, als eine Verstoßene, der Verleumdung Preisgegebene heimzukehren, stieg wieder vor ihrer Seele auf. Da fiel ihr aber auch wieder ein, daß sie Leid und Beschwer ja gewünscht und gut gefunden hatte. Sie lächelte mitleidig über sich selber und ging mit neuer Entschlossenheit vorwärts.

Die Sonne war hinter dichtere Wolken getreten; es war trübe und kühler geworden und die laublosen Gärten des Dorfes sahen nicht gerade erfreulich aus. Als sie eine Hecke entlang ging, um auf die Südseite zu kommen, wo ihr Haus stand, bemerkte sie in einem Garten eine Jugendfreundin, die ein Beet umhackte. Die Tritte der Vorübergehenden vernehmend, schaute diese auf, und Christine erwartete einen Zuruf; aber er blieb aus. „Sie kennt mich nicht mehr," dachte das Mädchen. „Nun, das ist ja natürlich!"

An der kleinen Thür, die von ihrem Garten auf den Fußweg hinausführte, stand die Mutter. Sie hatte sich, von ihren eigenen Gefühlen einen Schluß ziehend, eben hier aufgestellt, um die Tochter zu erwarten. Christine ging etwas rascher und gab ihr mit leise gesprochenem Gruße die Hand. Die Wittwe sah kummervoll und blaß aus, aber ihr Gesicht war nicht ohne eine Art von Würde. „O Christine!" rief sie mit gedämpfter Stimme — weiter nichts. Man konnte sie sehen und hören vom Haus oder Garten des Nachbars, und niemand sollte wahrnehmen, wie es ihr ums Herz war.

Sie führte die Tochter an der Hand durch den Garten in den kleinen Hofraum. Hier stand Hans. Er sah Christine an mit einem Gesicht, in welchem das Mitleid hinter tiefem Ernst verborgen war und sagte ruhig: „Guten Abend, Christine!"

Sie dankte, ohne ihn anzusehen, und ging mit der Mutter ins Haus.

(Fortsetzung folgt).

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer u. Co. — Sämmtliche in Lübeck.